

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 21. Oktober. Se. Majestät der König haben Allerhöchst ge- rügt: Dem Provinzial-Archivar Dr. Wilmans zu Münster den Charakter als Geheimer Archivar zu verleihen; den Kreisgerichtsdirektor Albrecht zu Belgard als Direktor an das Kreisgericht in Berlin zu versetzen; den Kreisgerichtsrath Reich in Stettin zum Rath bei dem Appellationsgerichte in Magdeburg; so wie die Staatsanwälte Macco und Spinola aus Berlin zu Staatsanwälten zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 21. Oktober, Nachmittags. Die Abreise des Kaisers nach Paris ist heute Vormittags 10 Uhr erfolgt. Der Kaiser und das gesammte Gefolge waren in Civilkleidern. Vor der Reise spendete der Kaiser 4000 Gulden an die Armen Wiens. Die Erzherzoge Ludwig Viktor und Karl Ludwig begleiten den Kaiser nach Paris.

Paris, 21. Oktober, Vormittags. Heute Morgen hat ein Ministerkonsil und eine Sitzung des geheimen Raths zu St. Cloud stattgefunden.

Auf dem Boulevard wurde die Rente zu 66,95 bei sehr beunruhigter Stimmung gehandelt.

Paris, 21. Oktober, Abends. Wie in diplomatischen Kreisen versichert wird, hat König Viktor Emanuel die Neubildung des Kabinetts durch General Cialdini angenommen, und Frankreich der italienischen Negierung eine fernere Frist für die Zusammensetzung des neuen Ministeriums bewilligt. In Folge dessen ist die Abfahrt der französischen Truppen aus Toulon aufgeschoben worden.

"Patrie" schreibt: Um 2 Uhr Mittags war die Lage noch nicht geklärt, das entscheidende Wort noch nicht gesprochen. Seit gestern hat die Situation von Stunde zu Stunde gewechselt, ohne jedoch an den Entschlüsse der Regierung etwas zu ändern. Die Vorbereitungen für die Expedition haben die ganze Nacht über gedauert und die Abfahrt der Flotte kann jeden Augenblick stattfinden. — Die Nachrichten aus Florenz melden, daß die Demission Rattazzi's angenommen und General Cialdini telegraphisch nach der Hauptstadt berufen ist. In Erwartung seiner ist General Menabrea zum Könige gerufen und hatte mit diesem eine lange Konferenz, deren Resultat unbekannt ist. Die Übernahme der Kabinetsleitung durch einen dieser Generale würde als eine Rückkehr zu den Anschauungen Frankreichs zu betrachten sein. Cialdini würde die Leitung der antirevolutionären Maßregeln in die Hand nehmen. Man glaubt, daß, wenn Cialdini die Kabinetsleitung übernimmt, in denjenigen Städten, welche die Revolutionspartei offensichtlicher Weise zu Mittelpunkten ihrer Aktion gemacht hat, der Belagerungszustand erkläre werden wird. Ritter Nigra, welcher nicht nach Florenz gereist ist, hat im Laufe des Vormittags darüber Andeutungen gegeben, daß den Reklamationen Frankreichs volle Genugthuung zu Theil werden werde.

"Etandard" bestätigt die Annahme der Demission Rattazzi's, hält aber die Frage noch für unentschieden, ob ein Ministerium aus der Linken oder ein Ministerium mit Cialdini an der Spitze gebildet werden solle.

Riga, 21. Oktober Morgens. Die "Rigaer Zeitung" meldet an der Spitze ihres Blattes, daß es ihr untersagt sei, fortan sich mit der altrussischen Presse in eine Polemik betreffend die Verhältnisse der Ostseeprovinzen einzulassen.

* J. Fröbel.

Der gegenwärtige Leibredakteur des bayrischen Ministeriums gehört zu den merkwürdigsten politischen Erscheinungen unserer Tage. Ein von unserem Blatt neulich an dieser Stelle aufgeführter Artikel der von ihm mit amtlichen Geldern gegründeten "Süddeutschen Presse" hat nicht verfehlt in weiten Kreisen Sensation zu erregen. Damals stellte Julius Fröbel das Programm für die künftige Politik Bayerns auf, d. h. er vertheidigte die vom Fürsten Höhenlohe proklamierten Grundätze vom allgemeinen staatswissenschaftlichen Gesichtspunkte, in einer Reihe nachfolgender Abhandlungen hat er sich jetzt bemüht, in so viel als möglich konsequenter Weise die praktische Stellung, welche Bayern zuden brennenden europäischen Fragen, namentlich zu den gegenwärtigen römischen Verwicklungen einzunehmen habe, des Weiteren zu bezeichnen. Überall geht er von dem Grundsatz aus, Bayern sei zu einem selbstständigen europäischen Aufstreten nicht nur berechtigt, sondern aus dem Grunde auch befähigt, weil es als der größte reindeutsche Staat der natürliche Führer und Vertreter Deutschlands sei.

Diese Ansicht ist nach 1866 so auffallend seltsam, daß die meisten Beurtheiler des neuen Münchener Propheten sie nur für das treue Echo von Klingenden bajuwarischen Marx'ors halten, doch nach dem, was wir über die innere Entwicklung Fröbels wissen, haben wir Grund genug, besser von ihm zu denken. Aus hartnäckiger Prinzipiertheit hält er trotz des letzten Krieges an seinem Axiom fest: Deutschland müsse zerrissen bleiben, ebenso wie unser Jacoby, Guido Weiz und andere aus derselben Ursache behaupten, daß "So weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt" müsse ohne irgend welche Rücksicht auf äußere Verhältnisse unverzüglich eine Wahrheit werden. Herr Fröbel war einst ihr Glaubensgenosse; seit 1848 aber hat er plötzlich die Ansicht gewonnen (und zwar war dies bei ihm ein rein innerlicher Umschwung), die Einigung Deutschlands werde von den übrigen europäischen Staaten nie erlaubt werden und nunmehr glaubt er sich, um nicht in den Ruf einer Wettersäume zu kommen, keinen zweiten Meinungswchsel mehr gestatten zu dürfen. Fröbels Bildungsgang hat folgende Stadien durchgemacht:

Als evangelischer Norddeutscher im Königreich Sachsen geboren, eignete er sich auf der Universität im Anfang der vierzig Jahren die vorgezüglichsten Ansichten der damaligen jungdeutsch-atheistisch-socialistischen Schule zu, welche aus den abstrakten Konsequenzen der Hegel'schen Philosophie sich herausgebildet hatte. Die Frucht seines Nachdenkens war sein "System der socialen Politik" 1846, in welchem er alle bestehenden Zustände der rücksichtslosesten Kritik unterwarf. Durch die fast cynische hyperrevolutionäre Schärfe seiner Urtheile würde dies Buch entschieden mehr Aufsehen erregt haben, als es der Fall gewesen ist, hätte nicht sein dreibändiger Umfang und die theilweise abstruse und mystisch unverständliche Darstellung größerem Absatz im Wege gestanden.

Im Jahre 1848 trat Fröbel wenig hervor; er ist nicht zum Redner geboren und zog sich auch aus dem Grunde von den öffentlichen Dingen mehr, als zu erwarten war, zurück, weil die Anarchie, die er als den glücklichsten politischen Zustand mit Moritz Hartmann und Gleichgesinnten herbeigewünscht hatte, nunmehr, da sie hereingebrochen war, doch nicht so ganz in seinem Geschmack sich fand. Dennoch fand er sich einer Verurtheilung zum Zuchthaus 1849 nur durch die Flucht entziehen. Er ging nach Amerika, und die Aenderung, die in jenem Sturmjahr sich in ihm fast vollzogen hatte, kam hier unter Einwirkung realer demokratischer Verhältnisse zum entschiedensten Durchbruch. Er erkannte von jetzt an nur Ein Prinzip als gültig im Staate: die Macht. Und mit Verlängern der sittlichen und rechtlichen Grundlagen führte er nach langen Vorarbeiten sein manche neue Ansichten bietendes und jedenfalls lebenswerthes Buch aus: "System der Politik auf Grund einer erneuerten Prüfung demokratischer Ansichten". 1. Bd. 1862, 2. Bd. 1865.

Er hat sich aber durch die hier geäußerten mehr als machiavellistischen Theorien den Dank seiner Partei verdient. Ihm selbst mußte instinktiv klar sein, daß jenes Machtgesetz, welches er für die gesammten inneren Beziehungen der Staaten als maßgebend aufstellen wollte, doch höchstens nur in internationalen Verhältnissen von anerkannter Bedeutung sei könne. Und wie die Haupttheile seines letzten Werkes sich mit dem Verkehr der Staaten untereinander befaßten, so ist auch seine publicistische Wirksamkeit wesentlich auf die äußere Politik gerichtet gewesen, seit er in Europa als Mitarbeiter von Zeitschriften und Zeitungen wieder thätig ist. Ein en leitenden Gedanken hat er sich gestellt und derselbe ist von seiner Erfahrung, wie er sich schmeichelt: er hat ihn zuerst 1857 in seinem Buch "Aus Amerika" einer piquanten und theilweise geistreichen Zusammensetzung, ferner in seinem "Amerika, Europa und die internationalen Gesichtspunkte der Gegenwart" 1859 sowie in verschiedenen periodischen Schriften, namentlich im "Ausland" und in der "Wiener Zeitung", bei der er bis 1866 Mitarbeiter blieb, mit Energie ausgesprochen und verfochten. Er verlangt einen gemeinsamen Staatenbund, wenn es ginge, sogar einen Bundesstaat aller europäischen Nationen gegenüber Russland und Amerika. Diesem Projekte zu Gefallen verzichtete er völlig auf eine Einigung Deutschlands. Kosmopolit ist er seit 1848 nicht mehr; ein national gesinnter Deutscher zu werden hat ihn sein bei einem Sachen nicht unerklärlicher Preußenhass verhindert. So hat er sich denn in ein Europa erbewußtsein hineinphantasiert und schwärmt fortwährend von einer gleichzeitigen Überschwemmung durch Moskowiter und Yankees, die unserer europäischen Kultur drohe. "Damit Europa sich nun also aus lauter Staaten von möglichst gleicher Größe zusammenfügen kann", sagte er vor 4 Jahren, "darf die deutsche Nation sich nie in Einen abgeschlossenen Staat fügen, dagegen wird sie das feste Ferment eines europäischen Gesamtstaats bilden, in dessen Centrum Frankreich von der Natur gestellt ist." Deutschland sei nur als Trias denkbar: Preußen, Westfalen und das "reine Deutschland" mit Bayern an der Spitze.

Von diesen Ansichten hat ihn der vorige Krieg nicht abgebracht; er hielt sich während desselben zu Stuttgart als Redakteur des dortigen am meisten gegen Preußen wütenden Preszorgans auf; bat aber seine feindlichen Kollegen in Preußen, sich zu großer Höhe zu enthalten; „wenn schon gekämpft werden müsse, so wolle man wenigstens die Pfeile nicht vergessen.“

Es ist anzuerkennen: bei aller seiner Feinde ist es ihm nur um die Sache zu thun, und er taucht seine Pfeile oder seine Feder in den berausenden Wein einer aus Verstandesüberzeugungen hervorquellenden Begeisterung für seine Idee einer Trias und eines europäischen Gesamtreichs. In der letzteren Ansicht hat ihn das vorige Jahr, in welchem eine entente cordiale zwischen Russland und Amerika sich öffentlich angestellt hat, nur noch bestärken können. Drei Staaten aber hofft er, wie er tagtäglich predigt, numehr schon beisammen zu haben, um einen europäischen Zollverein, ein europäisches Parlament u. s. w. anzubauen, nämlich: Bayern, Westfalen und Frankreich. Die Monarchen der beiden ersten Staaten reisen in diesen Tagen zum Kaiser der Franzosen. Fröbels Brodherr, der junge König Ludwig, will sogar den Winter hindurch italienische Lust in Frankreich genießen, nämlich in Nizza bleiben. Sollten diese Zusammenkünste ohne alle Beziehung zur jüngsten römischen Frage stehen?

Nun Fröbel ist immerhin nur halboffizieller Redakteur; hoffen wir zur Ehre Bayerns, daß das enge Zusammenwirken Frankreichs, Westfalens und des "reinen Deutschlands", welches er uns allen Fragen gegenüber in Aussicht stellt, noch in der Ferne liegen möge. Möge er selbst aber, der unglückselige Konsequenzmacher, zur Einsicht kommen und begreifen, daß ein Preußen an der Spitze Deutschlands den besten Schutz der europäischen Civilisation gegen alle Eingriffe bietet, denn Preußen marschiert heut an der Spitze des gesamten Fortschritts!

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Seiten oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 21. Oktober. Die neue Landwehr-Instruktion ist erschienen und soll bis auf den Bereich des IX. und X. Armeekorps, für welche die Verfügung noch aussteht, bis zum 1. Januar nicht nur für den Bereich des ganzen preußischen Staates, sondern auch im Umfange des gesamten Norddeutschen Bundes mit Ausnahme des Königreichs Sachsen, der zu dem genannten Bunde gehörigen Theile von Darmstadt, der beiden Mecklenburg und Braunschweig in Kraft treten. Dem noch nicht erfolgten Abschluß der Landwehrintheilung in den letzten drei norddeutschen Ländern darf wohl auch die Verzögerung der gleichen Maßregel für den IX. und X. Armeekorpsbereich vorzugsweise zu geschrieben werden, indem bekanntlich die Truppen der genannten Staaten dem IX. und X. norddeutschen Heeresteil zugeteilt sind. Wider Erwarten ist der neuen Instruktion indeß schon eine vollständige neue Organisation der Landwehr hinzugefügt, welche bis auf die Provinzial-Benennungen und die Nummervertheilung der neuen Landwehr-Regimenter ausgeführt ist. Jedem Linien-Infanterie-Regiment wird darnach ein entsprechendes Landwehr-Regiment zu zwei Bataillonen zugeteilt sein, das dieselbe Provinzial-Benennung und Nummer wie jenes führt. Die Füsilier-Regimenter besitzen dagegen nur je ein Landwehr-Bataillon, welche als Reserve-Landwehrbataillon und unter dem Namen der bezüglichen Provinzial-Hauptstädte, aber mit der Nummer ihres resp. Füsilier-Regiments in der Landwehrliste geführt werden, also: Reserve-Landwehrbataillon Königsberg Nr. 33, Berlin Nr. 35, Magdeburg Nr. 36. Vorläufig ist auch das Landwehr-Regiment Nr. 80 in gleicher Weise als Reserve-Landwehrbataillon Frankfurt a. M. Nr. 80 fortgesetzt. Für die zum IX. und X. Armeekorps gehörigen Linien-Infanterie-Regimenter Nr. 73, 74, 75, 76, 77, 78, 84, 85 und 86 oder zusammen zehn Regimenter steht die neue Landwehr-Organisation noch aus. Der Zuwachs, welchen die Landwehr an neuen Bataillonen erfahren hat, beträgt demnach für Preußen und die schon eingetheilten norddeutschen Staaten zusammen 41 Bataillone und würde dieselbe bis auf Weiteres bestehen aus 157 Bataillonen. Hinzutreten werden mit dem IX. und X. Armeekorps noch dreizehn Linien-Infanterie-Regimenter (zehn preußische und die beiden mecklenburgischen Infanterie-Regimenter wie das braunschweigische Infanterie-Regiment) davon elf zu je zwei und zwei wahrscheinlich mit je einem Landwehr-Bataillon, insgesamt demnach 24 Landwehr-Bataillone. Sachsen hingegen würde nach der gleichen Eintheilung 17 Landwehr-Bataillone zu stellen haben. Die gegenwärtigen zwölf preußischen Garde-Landwehr-Bataillone sind hierbei indeß noch nicht miteingethelt, und erhebt überhaupt noch nicht, ob dieselben fortbestehen werden. Der Regel nach soll jedes Norddeutsche Armeekorps 17 Landwehr-Bataillone und ebensoviel Landwehr-Eskadrons besitzen, so daß also die 12 Linien-Armeekorps (das 11 sächsische inbegriffen) zusammen 204 Landwehr-Bataillone besitzen müßten, da die Linien-Infanterie-Regimenter Nr. 97, 98. und 99. indeß in ihrer Errichtung noch ausstehen, stellt sich diese Ziffer vorläufig um 6 Bataillone niedriger auf nur 198 Bataillone. Bei der Eintheilung der Landwehr-Bezirke sind übrigens wohl als ein Beleg der Unauflöslichkeit der Norddeutschen Bundesverfassung und des Wehrwesens des Bundes vielfach preußische und norddeutsche Gebiete zu einem solchen Bezirk zusammengelegt worden. Die innere Eintheilung der Landwehr-Bezirke des von denselben bewirkten Listen- und Erzählewesens ist eine manigfach verschiedene und besteht z. B. das Reserve-Landwehr-Bataillon Berlin Nr. 35, ein stehendes Bezirks-Kommando von 3 Stabsoffizieren, 3 Hauptleuten, 1 Adjutanten, 16 Feldwebeln, 10 Unteroffizieren, 29 Gemeinen, 1 Stabsarzt und 1 Zahlmeister. Dies Bataillon dient zugleich mit zum Erhalt für die Landwehr des V. Armeekorps. Diesem Korps sind außerdem die Landwehrbataillone Muskau, Sprottau, Liegnitz und Neustadt a. B. neu zugewiesen und werden von seinen bisherigen Bataillonen das Bat. Löwenberg nach Lauban, das Bat. Unruhstadt nach Kosten und das Bat. Lissa nach Rawicz verlegt. Für die Stadt Posen ist in der bisherigen Landwehr-Eintheilung keine Veränderung eingetreten. Schlawa und Nowraclaw sind als besondere neue Bataillone dem II. Armeekorps zugethelt.

Berlin, 21. Oktober. Bei der drohenden Gestalt, welche die römische Frage zu gewinnen scheint, ist es wichtig, sich genau zu vergegenwärtigen, welche Stellung Preußen zu derselben einzunehmen hat. Als Thathache hat man anzusehen, daß zwischen den beiden Mächten Frankreich und Italien ein Konflikt herrsche, bei dem es sich um die Besetzung des römischen Territoriums und die Auslegung der Septemberkonvention handelt. Dieser Konflikt kann zu den ernstesten Weiterungen führen, es ist aber auch immer noch möglich, daß eine Verständigung zu Stande kommt. Der Bestand der weltlichen Herrschaft des Papstes hat offenbar für Preußen keine Bedeutung. Erst dann würde Preußens Aufgabe in Betracht kommen, wenn die Unabhängigkeit Italiens, diese Neuschöpfung des europäischen Völkerrechts bedroht werden sollte. Bis jetzt ist davon nicht die Rede, und so lange diese Gefahr nicht vorhanden, hat Preußen keine Veranlassung bestimmte Position in der Angelegenheit zu nehmen. — Die von Preußen mit Süddeutschland, Westfalen und Luxemburg abzuschliegenden Postverträge sollen mit Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten, aber von Jahr zu Jahr kündbar sein. Zu den vielen Postvermehrungen gehört auch die Herausgebung der Provision für Zeitschriften, welche weniger als vier Mal im Monat erscheinen, von 25 auf 12½ Prozent. Die preußische Postverwaltung beabsichtigt bekanntlich die

Entfernung nach Quadranten zu bestimmen. Dies Verfahren soll durch sämtliche Postgebiete maßgebend sein. — In den nächsten Tagen werden die Städte und Körperschaften der neuen Provinzen bekannt gemacht werden, welche für die Ergänzung des Herrnhauses zu präsentieren haben. Gleichzeitig wird die Veröffentlichung der Namen der aus königlichem Vertrauen Berufenen erfolgen. Im Ganzen wird die Ergänzung sich auf 30—40 Mitglieder erstrecken. — Der gestrige Sitzung des Staatsministeriums wohnte auch der Justizminister bei, die beste Widerlegung der noch immer umlaufenden Gerüchte von seinem Rücktritt. — Die Errichtung eines zweiten Telegraphenbureaus am hiesigen Platze unter der Leitung des Hofrats Albers ist jetzt gestartet worden.

Berlin. 21. Oktober. Heute ist der Postvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Vereinigten Staaten von Nordamerika unterzeichnet worden. Der Vertrag ist sehr umfangreich und enthält 40 Artikel. Die dadurch erzielten Erleichterungen sind von überaus großen Tragweite; die Briefe gehen über Hamburg und Bremen, und zwar kostet der einfache Brief nur 4 Silbergroschen (bisher 12) und es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß die Unterhandlungen, welche jetzt zwischen den Vereinigten Staaten und West-Indien über Portoherabsetzung schweben, dem neuen Vertrage zu Gute kommen werden. Nebenher hat Preußen Namens des Bundes den süddeutschen Staaten, welche jetzt die Postkonferenz besichtigt haben (also auch Luxemburg), den Anschluß an den Vertrag mit Nordamerika anheimgestellt; bis jetzt ist nur von Seiten des Großherzogthums Baden eine zustimmende Erklärung ergangen, man glaubt jedoch, daß sich auch die übrigen Staaten anschließen werden.

— Ihre Maj. die Königin hat am 3. Oktober von der Burg Hohenzollern aus an den hiesigen Magistrat auf dessen Glückwunschkreis die nachstehende Antwort ergehen lassen: „Ich danke dem Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin aufrichtig für seine Glückwünsche zu Meinem Geburtstage und gedenke dabei mit Stolz des Gemeinfins ihrer Bewohner, den sie durch Förderung aller wohlthätigen Werke und Bestrebungen stets gezeigt und im vergangenen Jahre so glänzend bewährt haben.“ gez. August“

— Der Finanzminister hat sich veranlaßt gegeben, unterm 28. v. Mis. den Regierungen einen Erlass über die für das nächste Jahr bevorstehende Klassesteuer-Veranlagung zugehen zu lassen und denselben die darin hervorgehobenen allgemeinen Gesichtspunkte „recht eindringlich“ zu empfehlen. So sagt der Minister: „Wenn die Klassesteuer bereits überall im Sinne des Gesetzes und der zur Ausführung derselben erlassenen Anweisungen richtig und gleichmäßig veranlagt wäre, würden die alljährlich aufzustellenden Veranlagungs-Nachweisungen nur diejenige Steigerung des Steuer-Solls ergeben dürfen, welche durch die Zunahme der Bevölkerung, den steigenden Wohlstand des Landes von selbst und in natürlicher Weise bedingt wird, indem mit diesem natürlichen Anwachsen der Steuer, unter der eben gedachten Voranwendung, auch das Maß der überhaupt zulässigen Ertragsteigerung in so weit gegeben ist, als jede Überschreitung auf eine zu starke Anspannung der Steuerkräfte schließen lassen würde, während umgekehrt jenem natürlichen Wachsthum der Steuerkraft gegenüber ein Stillstand oder gar ein Rückgang der Steuer nur in einer empfindlichen Störung des regelmäßigen Entwicklungsganges der Bevölkerungs- und Wohlstands-Verhältnisse seine Cklärung finden könnte.“ Bei der Veranlagung soll daher „überall die richtige Grenze innegehalten und die Einführung selbst stets unter forsamer Berücksichtigung derjenigen Verhältnisse bewirkt werden, welche die Praktizität der Steuerpflichtigen bedingen. Nicht die Steigerung des Veranlagungs-Solls an sich, sondern die Herstellung einer dem Gesetz entsprechenden gleichmäßigen und gerechten Veranlagung, im steten Hinblide auf die Gesamtlage der betreffenden Kreise und Ortschaften, so wie auf die individuelle Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen selbst ist als das zu erreichende Ziel zu betrachten, jedenfalls alles zu vermeiden, was den Vorwurf eines ungerechtfertigten Hinaufschraubens der Steuer irgendwie begründen könnte.“ Weiter wird eine „besondere Vorsicht“ bei Einführung der unteren Steuerklassen als „geboten“ erachtet, theils, weil sich innerhalb derselben das Drückende der Steuerbelastung am fühlbarsten macht, „und schon eine geringe, in den Verhältnissen nicht ganz begründete Steuererhöhung zum wirklichen Druck gereichen kann“, theils, weil denselben die Mittel zu eigener gehöriger Wahrnehmung ihrer Interessen im Reklamations- und Rekurswege in bei weitem geringerem Grade, als den wohlhabenderen und reichen Steuerpflichtigen, zu Gebote stehen. Die Behörden haben daher den in den unteren Stufen der Klassesteuer vertretenen Personen „ihre pflichtmäßige Sorgfalt vorzugsweise zuwenden, bei deren Einführung die neben dem Einfönen zu beachtenden Verhältnisse — Zahl der Familienglieder, Alter, Arbeitsfähigkeit u. s. w. —

Kleine Mittheilungen.

— Es dürfte den Lesern nicht uninteressant sein, etwas Näheres über die furchtbaren Leiden zu vernehmen, welche der am 10. Oktober d. J. in Oldenburg verstorbene Dichter Julius Mosen auszuhalten gehabt. Wie Scarron, Voltaire und Heinrich Heine ist er reichlich 20 Jahre hindurch gestorben, denn so lange ist es her, daß eine fortschreitende Lähmung ihn an das Siechbett fesselte. In welchem Grade sich sein Zustand verschlimmerte, mögen nachstehende Mittheilungen ahnen lassen. Vor 10 Jahren etwa meldete das „Familien-Journal“ von dem Poeten: „Er, der sonst so gern durch Feld und Flur, namentlich aber durch die Wälder schweifte, um sich dort seine herrlichsten Lieder in die Seele rauschen und wehen zu lassen, er hat seit lange das Gehn und Stehen, fast den Gebrauch seiner sämtlichen Glieder verlernt. Aber damit ist es noch keineswegs genug. Seine Stimme, die einst mit Begeisterung seine eigenen und die Dramen anderer Dichter vorlas, ist dem Kranken beinahe völlig und so sehr erloschen, daß die ihn treu pflegende Gattin ihr Ohr ganz dicht an seine Lippen legen muß, um den leisen Hauch seiner Worte zu erlauschen.“

1863 schrieb ein Freund von ihm: „Ich war wohl eine Stunde im Krankenzimmer des unglücklichen Mosen. Die Schrecklichkeit des Eindrucks, den ich empfangen, bin ich außer Stande zu schildern. Denke man sich ein mit Haut überzogenes, schlitterndes menschliches Gerippe, das uns mit zwei tiefen, dunklen Augen anstarzt, sonst aber regungslos und mit weitgeöffnetem, röhrendem Munde vor uns liegt. Keiner Bewegung fähig, wird er wie ein Kind, nein, schlimmer, wie ein lebloser Gegenstand, wie eine Sache gehoben und getragen. Er nimmt Anteil an Allem, was in der Welt Großes und Schreckliches geschieht, kann es aber kaum durch ein Fingerzucken, durch irgend einen Laut beweisen. Seine edle Gattin gab mir die Versicherung, daß er mich vollkommen verstehe, ihm feines meiner Worte verloren gebe, und darin fand ich eine Auffmunterung, dem Unglücklichen mancherlei zu erzählen. Aber ich sprach gleichsam wie in die Gruft hinein. So mögen uns vielleicht die Gefortbten verstehen, die uns aber nicht zu antworten vermögen.“

Im Anfang dieses Jahres lautet eine Nachricht so: „Mosen's Lage ist grauenerregend. Von Stimme besitzt er keine Spur mehr; sein Unterkiefer ist ganz kraftlos, man möchte sagen: aus dem Scharnier; wenn sein Kopf in die Höhe gerichtet wird, fällt jener klaffend zurück und zeigt einen offenen Rachen mit großen Zähnen.“

recht sorgfältig ins Auge zu fassen und, im Falle des Zweifels, zunächst und mit Vorbehalt der demnächstigen besseren Feststellung und Aufklärung der Verhältnisse stets der mildernden Auffassung zu folgen“.

— Das Granatgewehr, von welchem man nach den einander widersprechenden Mittheilungen nicht wußte, ob es in Wirklichkeit besteht oder bloß das Erzeugniß einer durch die Augensprize u. s. w. aufgeregten Phantasie ist, soll nun in der That einen Hauptfabrikationsgegenstand der unter Dreys's Division stehenden Waffenfabrik zu Sömmerda bilden. Das Gewehr wird, wie man der „Allg. Ztg.“ schreibt, wirklich in der Armee zur Erführung kommen (natürlich, fügt der Correspondent hinzu, zunächst nur für einen kleinen Theil der Truppen, und auch für diese nicht augenblicklich, sondern erst nach mehreren Monaten). Dem „Franz. Journal“ bestätigt man, daß das Granatgewehr das Geschöß bis auf eine Entfernung von 1500—1700 Schritt schleudert und daß die Wirkung eine ganz furchtbare sei. Die „Allg. Ztg.“ bringt über die neue Waffe folgende Mittheilungen: Diese neue Waffe wird am Besten durch ihre Munition charakterisiert, über welche wir hier einige Notizen geben wollen. Die Patrone, einer gewöhnlichen Bündnadelgewehrpatrone in der Form sehr ähnlich, ist 80 mm lang, 22,8 mm dick und wiegt 79 Gramm (also 6 bis 7 Stück ein Bollpfund, oder 12 bis 13 auf ein Kilo). Die Bündpille ist in der Mitte des Bodens der Papierhülse in einem papierenen Trichter in der Achse der Patrone angebracht, wodurch ein Radelschloß mit kurzer Bewegung anwendbar wird. Die Patronenhülse umfaßt außerdem das eiserne Geschöß, den papierenen geprägten Führungsspiegel und die Ladung von 10,5 Gramm feinem Musketenpulvers. Das eiserne Hohlgeschöß (an Größe und Gestalt etwa einer Zwetsche vergleichbar) ist 53 mm lang, bei einem starken Kaliber von 49,5 mm und einem Gewichte von 83 Gramm, einfachlich der Füllung. Diese besteht übrigens nur aus etwa 2,5 Gramm gewöhnlichem feinem Musketenpulvers (also aus keinem scharfen explodierenden Präparat). Die hohe Bündpille ist am unteren Ende wie ein kurzer, dicker Stiel der gefährlichen Frucht eingehaftet und enthält die recht sinnige Konfusionszündung. Die kurze Nadel steht in der Achse eines kleinen Schlagörpers von Binn, aus dessen hinterem Theile sie mit dem stumpfen Ende vorsteht, während sich vorne die Spitze noch innerhalb befindet. Der Stoß des Geschosses beim Abfeuern läßt sodann die Spitze vorstehen und der Säuber wird dann sehr empfindlich, während er beim Transport ganz ungefährlich war. Vor dem beschriebenen Nadelbolzen ist die Bündpille angebracht (in gepreßtem Papier), in welche der erste unfehlbar eintritt, wenn das Geschöß aus seiner Bahn einen Hinderniß begegnet.

Breslau. 21. Oktober. Mit dem heutigen Berliner Schnellzuge traf Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Sachsen mit Gefolge hier ein und reiste per Extrapolst nach Schloß Sybillenort weiter, um dort den herzoglichen Treibjagen beizuwohnen. („Br. 3.“)

Gumbinnen. 18. Oktober. Zur Linderung der Noth, von welcher die Regierungs-Bezirke Königsberg und Gumbinnen in Folge des ungünstigen Ausfalls der Ernte bedroht sind, hat der Hr. Handelsminister verfügt, daß den daselbst wohnenden Empfängern von Getreide und Hülsenfrüchten eine Vergütung von 33½ p. ct. der Ostbahnfracht vorläufig bis 1. Jan. 1868 zu gewähren sei, wenn sie durch Alters der betr. Landräthe oder Magistrate der Eisenbahn-Verwaltung den Nachweis führen, daß das empfangene Gut, zum Konsum in einem der genannten beiden Reg.-Bezirke bestimmt gewesen ist. (P. L. Ztg.)

Könitz. 19. Oktober. Die Kreisstände sind zum 15. November cr. einberufen, um über die Eisenbahn Schneide im Mühl-Dirschau zu berathen. Der Herr Handelsminister hat sich gezeigt erklärt, den Bau dieser Eisenbahn auf Staatskosten unter der Bedingung zu befürworten, daß sich die betr. Kreise verpflichten, dem Staate den innerhalb ihrer Grenzen belegenen Grund und Boden unentgeltlich zu überweisen. Im hiesigen Kreise sind 688 Morgen abzutreten, die auf 35- bis 40,000 Thlr. veranschlagt sind. Der Landrat wird den Kreisständen über die Aufbringung dieser Summe eine Vorlage machen.

Königsberg. [Gegen den Nothstand.] Auf Verwendung des Herrn Oberpräsidenten Eichmann in Berlin und nach Bereisung der Provinz durch Hrn. Reg.-Präsidenten v. Ernsthausen, sollen, wie die „K. B. Z.“ hört, den bedrangten Gutsbesitzern Unterstützungen durch Darlehen aus Staatsfonds bis zu 2/3 des landwirtschaftlichen Wertes ihrer Besitzungen zu Theil werden.

Sachsen. 2. Dresden, 20. Oktober. Daß alles Schlimme in der Welt, genau beschein, auch etwas Gutes hat, zeigt sich gezwängt in Sachsen, wo man, seitdem man mit dem Abgang des Herrn v. Beust aufgehört hat, eine eigene Politik zu haben, angefangen, sich mehr um die auswärtige zu kümmern. Man achtet stärker als sonst auf die Vorgänge in Berlin, Wien,

Nahrung wird ihm künstlich und nothdürftig eingeflößt. Seine Seele wohnt eigentlich nur noch in seinen schönen, ausdrucksollen Augen; der übrige Körper ist eine leere Ruine.

„Er möchte es noch immer gerne, wenn Freunde kamen und sich in seinem Zimmer unterhielten, ohne je eine Einmischung von ihm zu verlangen. Test fangen sie an, wegzubleiben, weil sie den Anblick des Kranken nicht mehr ertragen können, der eigentlich nichts als eine Leiche ist, welche die seltsame Angewohnheit hat, sich täglich bis auf die Stiefeln anz- und auskleiden zu lassen.“

So lebte und litt Julius Mosen, der Dichter der unsterblichen Lieder: „Andreas Hofer“, „der Trompeter an der Asbach“, „die letzten Zehn vom vierten Regiment“, „der Nussbaum u. s. w.“, der unvergesslichen Epen: „Ritter Wahn“ und „Ahasver“, der Tragödien „Kaiser Otto III.“, „Cola Rienzi“, „Wendelin und Helene“, des Romans: „der Kongreß von Verona“ und der geistvollen Erzählungen: „Bilder im Mose“.

Seine „Gesammelten Schriften“ erschienen bekanntlich 1863 in acht starken Bänden.

Karl Guzikow ist mit seinem neuesten Romane „Hohen schwangau“ mit der Verlagsbuchhandlung von F. A. Brockhaus in Leipzig in eine höchst unerquickliche Verwickelung gerathen. Er hat nämlich gemeint, den Stoff in drei Bänden zu bringen zu können und in Folge dessen mit der Firma einen Kontrakt geschlossen. Jetzt sieht der Verfasser, daß er sechs Bände braucht und zu diesen will jene Buchhandlung sich nicht verstehen. Hoffentlich kommt es zu einem Ausgleich und keinem Prozeß.

Heinrich Laube, der nun wirklich von seiner Stellung als technischer Direktor des Wiener Hofburgtheaters zurückgetreten ist, wird nicht, wie die Zeitungen meldeten, dem undankbaren Destrich den Rücken wenden und in sein engeres Vaterland Schlesien zurückkehren, sondern vielmehr in der Habsburgischen Kaiserstadt verbleiben und dort für die „Neue Freie Presse“ das Referat über das Burgtheater übernehmen. Laube, der ehemals Rezensent war, hat über die Rezensenten genug geklagt und wird nun selbst wieder Rezensent, über den man auch genug klagen wird. Mit der Theatertümigkeit, welche der Verfasser der „Karlschüler“ in jüngster Zeit so viel im Munde führte, muß es nun übrigens doch nicht so weit her sein, denn wer wahrhaft am Theater müde ist, der schreibt keine Theaterreferate, wenn er es nicht geradezu nötig hat, und das soll Laube, wie die Sage geht, doch nicht haben. Das Wahre

Paris, Italien u. s. w. u. s. w. Ehemal war immer gleich das Cabinet bei der Hand, um gegen alles Stellung zu nehmen. Die politische Situation Sachsen war gemacht, ehe das Volk nur zu Bestimmung gekommen. Die Rüdigkeit und Versatilität des ersten sächsischen Staatsmanns, die sich in alle Etagen und Verhältnisse bereits gefunden hatte, noch bevor das Publizum recht Kenntnis davon erlangt, machte Letzteres nicht nur im Innern schlaff und zutrauensselig, sondern auch nach Außen. Man überließ alles und jedes der Regierung, d. h. deren unmittelbarem Chef, indem man selbst ziemlich gedanken- und interesslos hineinlebte. Derzeit hat sich das nun vollständig geändert. Man wird im „Dresdner Journal“ und in den übrigen mehr oder minder offiziösen Blättern nicht mehr durch Leitartikel und Exposé's überrascht, welche irgend ein Engagement Sachsen in der großen Politik des Tages mit einer Art von Emphase zur Kenntnis bringen. Das jetzige Ministerium ist ziemlich einzig und muß es sein. Der Norddeutsche Bund hat, wenn auch nicht die Dynastien, doch die Kabinette mediatifirt. Ist diese Mediatifirung dann allerdings schon eine Art von Einfluß zum Nutzen des Ganzen, d. h. zur Machtentwicklung Deutschlands in Preußen, so hat sie auf der andern Seite in den Klein- und Mittelstaaten bis zu einem gewissen Grade die politische Selbstständigkeit der Bewohner geweckt. Ihr Blick ist freier und weiter geworden, der Kirchthurnpatriotismus hat einen harten Stoß erhalten und darf bald für immer zu Grabe gehen. Die unausgesetzten sächsischen kleinen Bänkereien im Norddeutschen Reichstage möchten wohl wenigstens für Sachsen, sein Grabgelaute sein. Man schämt sich dieser immerhin etwas puerilen Ausflüsse, die in einer Kneipe allenfalls am Platze sein würden, in den Augen Europa's aber nur kompromittirend für den nach Preußen größten Staat im Norddeutschen Bunde erscheinen können. Mit um so mehr Theilnahme werden man nun seine Blicke von diesem ärgerlichen häuslichen Schauspiel ab, um auf die Vorgänge in Italien zu blicken und es bedenkt uns da als ein gutes Zeichen, daß man die Nachricht, Preußen werde bei einer etwaigen neuen französischen Intervention in Rom ein Wort mitreden, mit ziemlich allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Nach gerade beginnt man hier denn doch etwas Genugtuung darüber zu empfinden, daß Deutschland unter Preußen Alegide in die Welthändel seine Stimme in etwas maßgebend einzulegen Anlaß nimmt.

Ganz sensationslos ist dagegen hier die Nachricht des „Journal des Debats“ von der „formellen Vereinigung der vier sächsischen Staaten mit Preußen“ aufgenommen worden. Man merkte die Absicht und — war nicht einmal verstimmt. Es läge natürlich Frankreich jetzt sehr viel daran, Bismarck daheim in allerlei Verlegenheiten zu setzen, um ganz freies Spiel für jenseits der Alpen zu gewinnen. Man hielt die sächsischen Länder für die geeigneten: einen politischen Brander abzugeben, hat sich darin aber doch verrechnet. Die Mine hat nicht gezündet und es werden auch andere ähnliche nicht zünden, wenn die ruhige Würdigung der Umstände sich weiter und weiter verbreitet, wie sie sich jetzt schon hier und da, fürsichtlich sogar in einem „Amtsblatte“, dem Zwickauer nämlich zeigte, wo es in einer Dresdener Korrespondenz sehr beherzigenswert hieß:

Es ist eigentlich, daß die neu eingetretenen politischen Verhältnisse in Deutschland gerade von Amerikanern eine so günstige Beurtheilung erfahren, unter welchen dann wieder die Deutschen, gleichviel ob ehemals dem Norden oder Süden unseres gemeinsamen Vaterlandes angehörig, förmlich für ein einheitlich gestaltetes Deutschland schwärmen. Dasselbe, versichern uns Russen, ist von den Deutschen in Russland zu sagen, und man möchte nun daraus schließen, daß, je weiter der Deutsche dem kleinen und kleinlichen Getriebe der partiziparistischen Alltagsleidenschaften, dem Verrieme in Vorurtheilen gegen die eigenen Stammesgenossen entzogen lebt, desto freier sein Blick die wahren staatlichen Bedürfnisse seines Volkes durchdringt.

Waldeck. Arnsdorf, 19. Oktbr. Heute wurde der sogenannte Accessionsvertrag mit Preußen von unserm Landtage nach viertägiger Debatte mit 13 gegen 1 Stimme angenommen. Da derselbe Verfassungsänderungen involviert, so muß nach drei Tagen eine zweite Abstimmung stattfinden. Daß dieselbe der heutigen

an der Sache dürfte sein, daß Laube ein so eingefleischter Theatermensch ist, daß er ohne Theater nicht leben kann.

„Es sei erlaubt an dieser Stelle auf ein höchst eigenbürtiges Werk aufmerksam zu machen, das demnächst bestweise im Verlage von Ludwig Denicke in Leipzig erscheinen wird. Es ist eine Sammlung von Initialen aus dem 12. bis 17. Jahrhundert, entnommen der königl. Hof- und Staats-Bibliothek zu München, der Biblioteca nacional und der Biblioteca de la Universidad central zu Madrid, eingeführt durch Prof. Dr. Meissner, Archivar des kgl. National-Museums zu München, herausgegeben von Xaver Arnold und Eduard Knoll.“ Bekanntlich wurde vor Erfahrung der Buchdrucker Kunst der geistige Verkehr nur durch Geschriebenes vermittelt. Man legte dabei einen großen Werth darauf, den Eingang eines Werks oder Kapitels oder den Anfang eines Hauptwerthes mit einem besonders künstlich verfestigten und durch Zeichnung und Farbenspiel dem Auge gefällig sich darstellenden Aufgangsbuchstaben — Initial — zu schmücken. Solche Initialen, Repräsentanten der Miniatur-Malerei damaliger Zeiten, der Mitt- und Nachwelt aufzubewahren und zu überantworten, ist der Zweck jenes Unternehmens, dessen besonderer Werth in der treuen Wiedergabe der Originale liegen wird. Wie wir hören, liegt ein so reiches Material vor, daß man eine Reihe von 40—50 Lieferungen, jede Lieferung zu fünf Blättern und im Preise von zwei Thalern wird publizieren können.

„In Berlin hat vor einiger Zeit ein Prozeß Aufsehen erregt, bei dem es sich um das Honorar für ein Bierlokalmoth handelte. Ein bekannter Berliner Bierwirth bestellte nämlich bei einem Schriftsteller einen passenden Vers für das Schild seiner Bier-Gaststube, eine Bestellung, welche durch nachstehende hübsche Zeilen genügt wurde:

Geniehet hier im Gerstensaft
des Weines Geist, des Brotes Kraft.

Dem Besteller gefiel der Spruch und er benutzte ihn. Als aber nach dem Preise gefragt wurde, verlangte der Verfasser fünfzig Friedrichsd'or, die der Wirth nicht geben wollte. Es kam zum Prozeß und in diesem ward durch Sachverständige, zu denen auch Adolf Glashbrenner gehörte, anerkannt, daß jene Reime zwar als finnig und artig, aber zugleich als mit einem Honorarsatz von zehn Friedrichsd'or gebührend bezahlt zu erachten seien.“

konform ausfallen wird, ist wohl nicht zu bezweifeln, obgleich wenigstens ein Abgeordneter (unglaublich, aber wahr) seine schlesische Abstimmung davon abhängig machen zu wollen schien, ob ein in der heutigen Sitzung einstimmig angenommener Antrag auf Änderung einiger Paragraphen der Forstdordnung zu Gunsten der zu sogenanntem Gabe- oder freiem Brennholz berechtigten Bauerngüter die Zustimmung der Regierung, resp. des Fürsten erhielte.

Sächsische Herzogthümer. Eisenach, 18. Oktober.

Die gewaltigen Ereignisse des vorigen Sommers haben das lang ersehnte Ziel so vieler Deutschen, ein dem Auslande kräftig und gezeigt gegenüberstehendes Deutschland, so viel näher gerückt, daß die alten treuen Burschenschaften des Jahres 1817 das fünfzigjährige Erinnerungsfest des damaligen Wartburgfestes jetzt mit ungleich freudigeren Herzen feiern konnten, als sie noch vor Jahresfrist gehofft hatten. So war es denn ein schönes, großartiges Fest, welches heute in dem mit Flaggen, und darunter sehr viele in den neuen Bundesfarben schwarz-weiss-roth, reich verzierten Eisenach stattfand. Eine große Zahl bejahrter Männer, oft schon mit weißen Haaren, welche vor funfzig Jahren die Burschenschaft mit gegründet hatten, war aus den verschiedensten Gauen Deutschlands zusammenströmt, und Hunderte von jugendlichen Studenten gaben diesen ehrwürdigen Veteranen das Ehrengesteck bei den Festsäufzügen, die um 10 Uhr Morgens vom Marktplatz nach der so stolz und schön gelegenen Wartburg und am Abend nach dem jenseit der Stadt gelegenen Waderberge sich bewegten, wo ein großes Freudenfeuer brannte und ein Fackelzug stattfand. Alle gehaltenen Festreden blieben in den Schranken weißer Mäßigung und hielten sich von jeglichen Überschwänglichkeiten fern, so daß auch kein Mifflang das schöne Fest trübte. Am Abend leuchtete die reich illuminierte Wartburg weit in das Thüringer Land hinein. Ein allgemeiner großer Festkommers, an dem Alt und Jung in froher Eintracht Theil nahmen, schloß die Feier.

Frankreich.

Paris, 19. Oktober. Heute Vormittag hat die Beförderung von 10,000 Mann unter General Dumont von Lyon von Toulon bereits begonnen. Nach demselben Bestimmungsorte ist gestern Artillerie von Vincennes abgegangen; die Einschiffung nach Rom wird angeblich am Sonntag definitiv erfolgen. Schon in den nächsten Tagen wird also die September-Konvention in einer Weise ausgeführt werden, die den geraden Gegensatz zu ihrem Wortlaut bildet. Nach diesem sollen bekanntlich weder Franzosen noch Italiener, jetzt werden Franzosen und Italiener den Papst beschützen. Ob auch das Papstthum, das wird sich vielleicht erst nach dem Tode Pius IX. ergeben. Ist wirklich eine neue Vereinbarung zwischen Florenz und Paris erfolgt, so ist sie nur ein augenblickliches Auskunftsmitte. Auf ein Manöver der hiesigen Offiziere muß aufmerksam gemacht werden, damit man es bei Zeiten paralyse. Die französische Regierung läßt nämlich auf jede Weise in den Provinzialblättern, wie in der italienischen Presse verbreiten, daß das Ministerium Nattazzi durch Preußens Verrath gezwungen worden sei, den Tuilleries in die Armee zu werfen. Das Florentiner Kabinett, wie die Aktionspartei habe durch bestimmte Zusagen aus Berlin veranlaßt, diese den Zug nach Rom unternommen, jenes zur späteren Theilnahme sich vorbereitet. Plötzlich sei aber Preußen abgesprungen und habe ohne irgend welchen Grund Italien im Stiche gelassen. Man beabsichtigt hierdurch, wie leicht zu errathen, die moralische Gemeinschaft zwischen Deutschland und Italien zu untergraben und das Odium des jetzigen Schrittes von Frankreich auf Preußen zu wälzen. Die Verdächtigung findet Eingang und es wird die Sache der preußischen Regierung sein, ihr entgegenzutreten.

Das Befinden des Kaisers Napoleon schildert ein Brief aus Biarritz vom 12. Oktober in der "Pall Mall Gazette" folgender Weise: "Ich habe den Kaiser an einem kalten, regenschaurigen Tage seines eine deutsche Meile ungefähr betragenden Spaziergang machen sehen, und er unterläßt ihn nur, wenn er sehr beschäftigt oder das Wetter gar zu arg ist. Sein Gang ist aber langsam, sein Schritt ist kurz und deutet auf schmerzhafte Bewegung. Daß er im Trab reite, ist unrichtig, er reitet überhaupt nicht, wenn er nicht muß, und Traben wäre bei seinem Leiden geradezu Tollheit. Wenn er an Galatagen zu Pferd erscheint, reitet er kurzen Galop und bedient sich eines weichen Sattels. Im Ganzen stimmen alle, die ihn gesehen haben, überein, daß er besser als im vorigen Jahre ausgehe, daß kein Grund zu Besorgnissen, wie sie vor Kurzem ausgelängt worden waren, vorhanden sei, daß aber sein allgemeiner Gesundheits-Zustand durchaus kein befriedigender genannt werden könne. Er sieht von Sorge gebogen aus, sein Gang verrät die Anwesenheit des hartnäckigen und unheilbaren Lebels, an dem er leidet, mit Glück und großer Sorgsamkeit könnte er aber noch lange aushalten."

Italien.

Florenz, 16. Oktober. Die Freiwilligen gehen fortwährend in großer Zahl nach der Tiber; zu Turin und zu Mailand organisiert man Bataillone. Es wurde hier in Florenz, wo alle römischen Emigranten sich vereinigt haben, eine Legion von 400 Mann gebildet, welche den Titel "römische Legion" annehmen wird. Kommandirender dieser Legion ist ein junger Mann, Major Ghirelli, welcher auf seinen Grad in der regulären Armee verzichtet hat, um sich mit den anderen Freiwilligen zu verbinden, die schon im Kirchenstaate kämpfen. Diese Legion wird heute und morgen in kleinen Fraktionen abgehen; sie zählt in ihren Reihen junge Männer, deren Namen berühmt und wohlbekannt in Rom sind. Ich füge hinzu, daß dies alles sich am hellen Tage und unter den Augen der Regierung vollzieht, welche keine Gewalt mehr hat, es zu verhindern. Wenn Herr Natazzi Anstalt machen würde, sich der Vereinigung und dem Aufbrüche der Freiwilligen zu widersetzen, so würde es in allen Städten Italiens drohende Demonstrationen geben, welche leicht die ernsthafte Verwicklungen veranlassen könnten. Die Municipalitäten fahren fort, der Inurrektion zu Hülfe zu kommen.

Die Truppenbewegungen nach der römischen Grenze dauern fort. Die Drohungen der "Patrie" und der "France" haben in Italien einen peinlichen Eindruck gemacht, aber die Erbitterung der Massen gegen den Kaiser Napoleon sehr gesteigert. Anders steht es bei Hofe, Victor Emanuel ist für unbedingte Unterwerfung unter die französischen Ansprüche, und Natazzi's Organe suchen ihm jetzt zu beweisen, daß es sich von italienischer Seite ja gar nicht um Glaubenssachen handle, sondern um politische Kontroversen; man

müsse beide Elemente scharf unterscheiden, und eben, um beide Gebiete nicht vermengt zu sehen, habe Natazzi, Garibaldi entfernen lassen, weil er eine Art antikatholischen Kreuzzugs gepredigt habe; die italienische Regierung wolle einzige und allein die letzten Spuren der fremden Okkupation vernichten und die National-Einheit vollenden, dann aber dem heiligen Vater alle Bürgschaften der Unabhängigkeit bieten, die das Haupt der Kirche verlangen könne.

Das "Journal des Debats" bringt folgende neue Proklamation Garibaldis:

Caprera, 10. Oktober 1867.
Sehr werthe Freunde! Ich bin wirklich ein Gefangener — und ich überlasse Euch, zu denken, mit welchen Gefühlen, da ich Menotti und meine Freunde auf dem römischen Gebiete im Felde weiß. Seit die Welt in Bewegung, damit man mich nicht in diesem Gefängnisse lasse. Ein Gruß an Alle; immer der Ewigre!

Dieses Schreiben wird begleitet von einem andern von seinem Sekretär Bassi, welches lautet:

Caprera, 8. Oktober 1867.
Sehr werthe Freunde! Ich würde Euch ausführlicher schreiben, wenn ich nicht befürchtete, daß mein Brief nicht zu Euch gelange. Ich will Euch nur sagen, daß, als man uns arretirte, der Herr Kommandant der Sesia uns sehr schlecht behandelt hat und daß wenig daran fehlt, daß er uns nicht auf den Grund des Meeres gesetzt hat. Dieses wißt Ihr nicht; sie haben den Ruth gehabt, uns mit zwei Kanonenbüchsen und einem halben Dutzend Büchsenkästen zu regulieren. Ich kann Euch versichern, daß die Angeln prächtig pifzen; sie haben aber Niemanden verletzt. Es ist nötig, daß die Italiener dies auch wissen. Wir werden mit den Augen bewacht.

Ganz der Ewigre:

Der "Moniteur" meldet: "In Folge des Ablebens des Königs Otto hat der heilige Stuhl den König Georgios I. als Souverän der Hellenen anerkannt und die diplomatischen Verbindungen mit seiner Regierung wieder angelüpft."

Rußland und Polen.

Aus Narwa, 18. Oktober. Die aus den Ostseeprovinzen nach Petersburg gegangenen Deputirten werden, wie heute hierher telegraphisch gemeldet worden, am 27. d. Audienz erhalten und hoffen auf guten Erfolg ihrer Sendung. Die Maßregeln in Betreff der Einführung der russischen Sprache als Unterrichtssprache in den Schulen der baltischen Provinzen sind vorläufig eingestellt und werden hoffentlich auch eingestellt bleiben; auch die bereits angeordnete Reform der Brennsteuertarife ist wieder zurückgenommen und so bleibt darin Alles, wie es bisher gewesen. Man spricht von einer bevorstehenden Veränderung im General-Gouvernement und einem Wechsel in dem Personal der höchsten Verwaltung.

Warschau, 17. Oktober. Den hiesigen Bäckern, die durch ihre schlechten und theuren Backwaren schon längst die allgemeine Unzufriedenheit des Publikums erregt hatten, ist eine gefährliche Konkurrenz entstanden durch täglich per Bahn anlangende massenhafte Brotsendungen aus Thorn. Diese Brotsendungen werden bezogen von Spekulanten, welche sich die Unzufriedenheit mit den hiesigen Bäckern zu Nutzen machen, und sich in ihrer Spekulation keineswegs verrechnet haben. Das gut ausgebakene, weiße und nicht zu theure preußische Brot findet sehr willige Käufer, und um den mit jedem Tage sich steigernden Nachfrage nach demselben zu genügen, sind bereits in fast allen Stadttheilen Niederlagen erreicht worden.

Vom Reichstage.

25. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.

Berlin, 21. Oktober 1867.
Eröffnung 10^{1/4} Uhr. Anwesend Minister v. Friesen, Präsident Delbrück mit zahlreichen Kommissarien. Abg. v. Prof. Jernich ist in das Haus getreten.

Die Kommission für das Bundeschuldenwesen hat sich unter dem Vorsteher Bodum-Dolfs konstituiert. Der Schiffahrtsvertrag mit Italien wird eingeholt und soll durch Schlusserathung erledigt werden. Referent (Camphausen-Neuß) — Für die Marineanleihe werden als besondere Kommissare des Bundesrates bezeichnet Oberst v. d. Goltz, Geh. Admirälsrat Jacobs und Kapitän v. Schleinitz.

Vor der Abstimmung über das Postgesetz im Ganzen erhält das Wort Minister v. Friesen: Das Haus hat zu § 53 dieses Gesetzes einen das Briefgeld imitierenden Zusatz angenommen. Die in der letzten Sitzung anwesenden Kommissare haben denselben aus den Gründen widerprochen, welche auch den Bundesrat abgehalten haben in seine Vorlage eine ähnliche Bestimmung aufzunehmen. Sie befanden sich also in vollem Einlange mit den Ansichten des Bundesrates. Seit jener Sitzung nun ist der Bundesrat aufs Neue in der Lage gewesen, sich über diesen Punkt schlüssig zu machen. Ich muß ausdrücklich konstatiren, daß über das Prinzip, daß das Briefgeld imitierend zu wahren ist, und daß nur durch das Gesetz gewisse Ausnahmen festzustellen sind, durchaus keine Meinungsverschiedenheit obwaltet, sondern nur darüber, ob das vorliegende Gesetz der geeignete Ort ist eine solche Bestimmung aufzunehmen und ob sie eine erföpfende und nach allen Seiten hin genügend ist. Diese letztere Frage lag auch jetzt dem Bundesrat vor. Inwieweit hat sich die Sachlage wesentlich geändert. Nachdem das hohe Haus in seiner großen Mehrheit die Aufnahme jenes Zusatzes beschlossen hat, kam es nicht mehr auf das Wunschkostüm oder das Zweckmäßige desselben, sondern darauf an, ob die ganz unleugbaren Bedenken, die dagegen sprechen, und die möglichen Nachtheile so erheblicher Natur seien, daß der Bundesrat daraus einen Grund hernehmen könnte, um dem Gesetz seine Zustimmung zu versagen. Von diesem Standpunkte aus ist der Bundesrat einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß dies nicht der Fall sei. (Bravo!) Ich bin daher beauftragt, im Namen des Bundesrates zu erklären, daß derselbe in der Aufnahme jener Bestimmung sein Hinderniß findet, dem Gesetz seine Zustimmung zu geben. (Lebhafte Beifall.)

Der Gesetzentwurf wird darauf mit allen Stimmen gegen die des Abg. Försterling angenommen. Die Resolution des Abg. Dr. Harnier dagegen, betreffend die Briefbestellung an Sonn- und Festtagen, welche in der letzten Sitzung gleichfalls angenommen war, wird heute mit 101 gegen 91 Stimmen abgelehnt. (gegen sie stimmten u. A. Liebknecht, Schraps, Försterling, Wedel, v. Binde (Mörs), Simson; dafür u. A. die Abg. Dr. Reinke, v. Rothschild.)

Es folgt der Bericht über das Freizügigkeit-Gesetz.

Die wichtigsten §§. des Gesetzes, an welchen sich die zahlreichen Amendments knüpfen, theilen wir an dieser Stelle wörtlich mit, weil der einleitende Vortrag des Präsidenten Delbrück sie sämtlich kritisiert und die allgemeine Diskussion so gleichzeitig umfaßt.

§. 1. Jeder Bundesangehörige hat das Recht, innerhalb des Bundesgebietes 1) an jedem Orte sich aufzuhalten und niederzulassen, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich zu verschaffen im Stande ist; 2) an jedem Orte Grundeigentum aller Art zu erwerben; 3) umherziehend oder an dem Orte des Aufenthaltes, beziehungsweise der Niederlassung Gewerbe aller Art zu betreiben, unter den für Einheimische geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Alin. 2. In der Ausübung dieser Befreiungen darf der Bundesangehörige, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz Ausnahmen zuläßt, weder durch die Obrigkeit seiner Heimat, noch durch die Obrigkeit des Ortes, in welchem er sich aufzuhalten will, gehindert, oder durch lästige Bedingungen beschränkt werden.

Alin. 3. Insbesondere darf keinem Bundesangehörigen um des Glaubensbekenntnisses willen, oder wegen fehlender Landes- oder Gemeindeangehörigkeit, die Niederlassung, der Geschäftsbetrieb oder der Erwerb von Grundeigentum verweigert werden.

Zu §. 1 beantragt 1) v. Bodum-Dolfs: sich aufzuhalten oder niederzulassen und in Alin. 3 vor "Niederlassung" einzuschalten: der Aufenthalt.

2) v. Luk dem §. 1 hinzuzufügen: a) Das Recht zum Aufenthalt darf nicht von der Beibringung eines von der früheren Aufenthalts-Gemeinde ausgestellten Heimathscheins oder Rücknahmevereises abhängig gemacht werden. b) Neben dem durch das gegenwärtige Gesetz gestatteten Rechte zur Wahl des Aufenthalts findet ein besonderes, von anderen einschränkenden Bedingungen abhängiges Recht zum Wohnsitz nicht mehr statt.

3) Dr. Löwe und Wigard beantragen hinter Nr. 3 einzufügen:

Das den Büntern oder Innungen zustehende Recht, Andere von dem Betriebe eines Gewerbes auszuschließen, wird aufgehoben: desgleichen das Verbot, Gewerbe und Handel auf dem Lande zu treiben.

Jeder Gewerbetreibende darf Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter jeder Art in beliebiger Zahl halten. Hierdurch werden jedoch die wegen Beschäftigung der Kinder zu gewerblichen Zwecken bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht geändert.

Gesellen sind in der Wahl ihrer Meister unbeschränkt.

Die Gesellen und Meisterprüfungen bilden nicht mehr ein Erfordernis zur Ausübung der Handwerke.

Jeder Bündesangehörige, der durch eine Prüfung in einem der Staaten des Bundes die Befähigung zur Ausübung der ärztlichen Praxis in demselben erworben hat, ist zur Ausübung dieser Praxis an jedem Ort des ganzen Bundesgebietes berechtigt.

4) Gr. Bassenys (Mecklenburg) beantragt in Alin. 1 die Worte „oder niederlassen“ zu streichen.

Die Kommission hat hinter §. 1 folgenden §. 2 als völlig neu eingeschaltet: Wer die aus der Bundesangehörigkeit folgenden Befähigungen in Anspruch nimmt, hat auf Verlangen den Nachweis seiner Bundesangehörigkeit und, sofern er unselbstständig ist, den Nachweis der Genehmigung desjenigen, unter dessen (väterlichen, vormundschaftlichen oder ehelichen) Gewalt er steht, zu erbringen.

Zu §. 3. beantragen 1) Hausmann und Wigard Alin. 1 so zu fassen: Insofern auf Grund rechtskräftiger gerichtlichen Erkenntnisses Personen wegen gemeiner entehrnder Vergehen Aufenthaltsbeschränkungen durch die Polizei-behörde unterworfen sind, behält es dabei sein Bewenden.

2) v. Kirchmann, dem Alin. 1 hinzuzufügen: Die besonderen Gesetze und Privilegien einzelner Ortschaften und Bezirke, welche Aufenthalts-Beschränkungen gestatten, werden hiermit aufgehoben.

Dem §. 4. hat die Kommission zugesetzt: Die Befähigung vor künftiger Verarmung berechtigt den Gemeinde-Vorstand nicht zur Zurückweisung (des neu Anziehenden).

§. 5. lautet: Offenbart sich nach dem Antrage die Notwendigkeit einer öffentlichen Unterstützung, bevor der neu Anziehende an dem Aufenthaltsorte einen Unterstützungswohnitz (Heimathsrecht) erworben hat, und weist die Gemeinde nach, daß die Unterstützung aus andern Gründen, als wegen einer nur vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit notwendig geworden ist, so kann die Fortsetzung des Aufenthaltes versagt werden.

v. Bodum-Dolfs beantragt den §. 5. so zu fassen: Offenbart sich binnen Jahresfrist nach dem Antrage die Notwendigkeit einer öfteren Unterstützung aus öffentlichen Armenmitteln und weist die Gemeinde nach, daß die Unterstützung aus anderen Gründen, als wegen einer zeitweiligen Arbeitsunfähigkeit oder wegen eines vorübergehenden Notstandes erforderlich geworden ist, so kann die Fortsetzung des Aufenthaltes versagt werden.

§. 12. lautet: Die polizeiliche Ausweisung Bundesangehöriger aus dem Orte ihres dauernden oder vorübergehenden Aufenthaltes in anderen, als in den durch dieses Gesetz vorgegebenen Fällen, ist unzulässig. Im Uebrigen werden die Bestimmungen über die Fremdenpolizei durch dieses Gesetz nicht berührt.

Abg. Blaßl beantragt den Bundeskanzler aufzufordern, dem Reichstage in seiner nächsten Sitzungsperiode ein Gesetz über das Heimathsrecht vorzulegen.

Miquel beantragt hinter "Heimathsrecht" hinzuzufügen: „und die Verpflichtung zur Unterstützung, resp. Verpflegung Einheimischer.“

Referent Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) berichtigte zunächst mehrere im Kommissionsbericht enthaltene Drucksfehler und macht darauf aufmerksam, daß in Konsequenz der von der Kommission gefaßten Beschlüsse, wodurch durchgehends zum Aufenthaltsrecht auch das Niederlassungsrecht zugefügt worden, auch im Alin. 2 des §. 10. hinter "Aufenthalt" das Wort "Niederlassung" einzufügen sei.

Präsident Delbrück: Das vorliegende Gesetz soll die Aufgabe erfüllen, den fruchtbaren Stein, der durch den Begriff des Bundesindigenats durch die Verfassung gegeben ist, in der Bundesgesetzgebung zur ersten Entwicklung zu bringen. Von diesem Gesichtspunkte aus würde es den verbündeten Regierungen zur großen Befriedigung gerecht haben, wenn es möglich gewesen wäre, in der gegenwärtigen Session diesen Stein zur weiteren Fortentwicklung zu bringen, als es durch das vorliegende Gesetz geschieht. Ihre Kommission aber, sowie die Regierungen, waren der Ansicht, daß dies gegenwärtig nicht möglich sei. Die verbündeten Regierungen können mit Befriedigung das Einverständnis konstatiren, mit dem die Kommission ihr entgegengekommen, und ich bin in der angenehmen Lage, dasselbe Einverständnis von Seiten des Bundesrats hier konstatiren zu können, mit Bezug auf alle sachlichen Abänderungsvorschläge, die in der Kommission gemacht sind. (Redner ging nur auf die einzelnen von der Kommission beschlossenen Änderungen ein und sprach sich dabei gleichzeitig über die nachträglich gestellten Amendments aus.) In §. 1. Al. 1. hat die Kommission vorgeschlagen, daß jeder Bundesangehörige das Recht hat, sich nicht an jedem Orte innerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten, sondern auch "niederzulassen". Ein Bedenken hiergegen liegt nicht ob, mit der Voraussetzung, daß diese Terminologie auch durch das ganze Gesetz durchgeführt werde, und namentlich auch in Al. 1. des §. 10., wo ausgeführt wird, daß es durch dies Gesetz gestattet "Aufenthalt" die Theilnahme an den Gemeindemessen und der Armenpflege nicht begründe, hinter dem Begriffe "Aufenthalt" eingehalten werden, oder die Niederlassung. — Das vom Abg. Graf Bawisewitz hierzu gestellte Amendment, statt "aufzuhalten und niederzulassen", zu setzen: "zeitweilig oder dauernd aufzuhalten", scheint hervorgegangen zu sein aus dem bestimmten Begriff, den sein Heimathstaat mit der gebräuchlichen Terminologie des Wortes "Niederlassung" verbindet, das dort identisch ist mit der Erwerbung des Heimathsrechtes". Der Zweck dieses Amendments wird aber vollkommen erreicht, wenn die von mir oben angeregte Einschließung im §. 10. vorgenommen wird, die ja eine notwendige Konsequenz des Kommissionsbeschlusses ist.

Die von der Kommission gemachten Zusätze, daß es jedem Bundesangehörigen gestattet ist, innerhalb des Bundesgebietes, an jedem Orte Grundeigentum zu erwerben und Gewerbe aller Art zu betreiben ic. unterliegen keinem Bedenken. — Die vom Abg. v. Luk zu diesem §. 5. beantragten Amendments halte ich für nicht annehmbar. Das erste ist überflüssig und eben deshalb schädlich. Wenn ein Gesetz so gefaßt ist, daß sich eine bestimmte Konsequenz von selbst ergibt, so ist es ein Fehler, dies noch ausdrücklich auszusprechen, weil leicht der Druthm daraus entstehen

gen habe ich nichts einzuwenden, muß mich aber gegen das Amendment Miquel erklären, das in den Rahmen des Gesetzes auch Andere, als Bundesangehörige eingefügt wissen will. Hiergegen liegen aber sehr schwere materielle Bedenken vor. Auch das letzte vom Abg. v. Luck gestellte Amendment, das eine Übergangsbestimmung aufstellt, kann ich Ihnen nicht empfehlen. Zum Theil versteht es sich von selbst, zum Theil aber ändert es den Begriff, der in dem Gesetz mit dem Worte „Bundes-Angehörige“ verknüpft wird. Die „Bundes-Angehörigkeit“ soll nämlich bedingt werden durch die „Staatsangehörigkeit in den einzelnen Bundesstaaten.“ Das Amendment Luck zieht aber eine Kategorie von Personen in das Gesetz hinein, die nach diesem Begriff nicht Bundesangehörige sind, nämlich solche Personen, die zwar in einem Staate zur Zeit wohnen, weil sie sich längere Zeit dort aufgehalten haben, aber doch nicht Staatsangehörige sind; diese können aber auch nicht als Bundesangehörige betrachtet werden. — Gegen das nachträglich vom Abgeordneten Bockum-Dolffs zu §. 5 gestellte Amendment müßt ich mich erklären aus demselben Grund, wie gegen das Amendment Luck, habe dagegen gegen das Amendment Miquel, zu §. 9., so weit ich es bis jetzt übersehen kann, nichts einzuhören.

Zum Schluß komme ich auf das Amendment Löwe zum §. 1, das die völlige Einführung der Gewerbefreiheit bezweckt und in Verbindung steht mit der in der Kommission angenommenen Resolution: „den Bundeskanzler aufzufordern, dem nächsten Reichstage eine allgemeine, auf dem Prinzip der Gewerbefreiheit gegründete Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vorzulegen.“ Schon oben habe ich erwähnt, daß die Frage, wie weit der Rahmen des vorliegenden Gesetzes zu erweitern sei, von den Regierungen sowohl, wie von der Kommission eingehend erörtert ist; daß beide aber zu der Ansicht gekommen sind, daß für die Einführung der vollen gewerblichen Freizügigkeit dies Gesetz weder der Ort, noch die gegenwärtige Zeit der passende Zeitpunkt sei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das vorliegende Gesetz erfreu einer vollen Werth erhält, wenn durch Änderungen der gegenwärtigen Gewerbegegebung die vollen gewerblichen Freizügigkeit hergestellt ist; bei den verbundenen Regierungen herrschte auch darüber kein Zweifel, daß es im höchsten Grade wünschenswerth sei, daß dies sobald als möglich geschiehe. Aus dem besondern Anlaß eines Antrags der königlich sächsischen Regierung hat sich der Bundesrat wiederholt eingehend mit dieser Frage beschäftigt, ist aber zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht thunlich sei, gegenwärtig so einschneidend Bestimmungen anzunehmen, wie sie das vorliegende Amendment vorschlägt. — Ueber die Frage, auf welchem Wege die gewerbliche Freizügigkeit herzustellen sei, ob auf dem Wege der Territorialgegebung der einzelnen Bundesstaaten oder durch die Bundesgegebung, herrschten Anfangs verschiedene Ansichten; schließlich kam man jedoch zu der Überzeugung, daß gegenüber dem unzweckhaften dringenden Bedürfnis und mit Rücksicht auf den großen Werth, die der Reichstag selbst bei verschiedenen Gelegenheiten auf die baldige und übereinstimmende Regelung dieser Frage gelegt hat, der Weg der Bundesgegebung vorzuziehen sei. (Weißfall.) Es ist dabei aber zweierlei zu unterscheiden. In einem Theil der Bundesstaaten existieren Beschränkungen des Gewerbebetriebs, die auf Privatrechts-Titeln basieren. Die Regulirung dieser Sache kann nicht gut Gegenstand der Bundesgegebung sein, zumal die etwaigen Entschädigungen der Bevölkerung nicht aus Bundesfonds, sondern aus den einzelnen Landesfonds zu bestreiten sein werden. Dieser Theil muß also für die Territorialgegebung vorbehalten bleiben. Dagegen ist es zulässig, daß die Beschränkungen der Gewerbegegebung, die auf staatsrechtlichen Titeln basieren, durch die Bundesgegebung aufgehoben werden, was hoffentlich recht bald geschehen wird. — Was die in der Kommission beantragte Resolution betrifft, so bemerke ich hierzu, daß der Bundeskanzler beim Bundesrat beantragt hat, ihn zu ermächtigen, der nächsten Session des Reichstags eine auf dem Prinzip der Gewerbefreiheit basirende Gewerbeordnung vorzulegen. (Weißer Weißfall.)

Präsident Simson thelt mit, daß vom Abg. v. Bethmann-Hollweg soeben ein Amendment eingegangen sei, wonach das vorliegende Gesetz erst am 1. Januar 1868 in Kraft treten sollte.

Präsident Delbrück empfiehlt die Annahme dieses Amendments, da das Gesetz manngliche Änderungen bedinge, die eine kleine Zwischenzeit zur Regelung der dadurch berührten Verhältnisse wünschenswert machen.

Die Rednerliste für die Generaldiskussion wird festgestellt.

Abg. Dr. Leistner: Ich vermitte in dem Gesetz die gewerbliche Freizügigkeit. Es durch diese ist eine freie Entwicklung der Kräfte und der Industrie möglich, dies lehrt das Beispiel Englands, Belgien, Amerikas, während die deutschen Städte, nur durch die Beschränkung dieser Freiheiten unter den Habsburgern verkümmerten. Durch ihren Verlust ging uns der nationale Sinn verloren, der uns allein groß machen kann, und nur das Versprechen, daß uns in der nächsten Session ein entsprechendes Gesetz vorgelegt werden wird, veranlaßt mich für den Entwurf zu stimmen.

Abg. v. Behmen: Die persönliche Freizügigkeit umfaßt allerdings nicht das ganze Gebiet der freien Bewegung, deren der Staat bedarf, indessen hat die Kommission nur die Hauptgesichtspunkte aufstellen wollen, die als unmittelbare Konsequenzen der persönlichen Freizügigkeit folgen und damit fingerzeige für den Weg der Weiterentwicklung gegeben. Schon der vorliegende Entwurf enthält wesentliche Vorteile und zwar in erster Linie für die arbeitenden Klassen, und wenn für das Gebiet des Handwerks noch vorläufig Beschränkungen durch die Bünde bestehen, so erfreuen sich doch auch diese nicht auf die Großindustrie und nur auf wenige Territorien. Die Bestimmung, daß zur Niederlassung nicht mehr die Gemeindeangehörigkeit erforderlich sein soll, hat zwar manches Bedeutliche, weil hierdurch die Klasse der eigentlichen Bürger immer mehr zusammenzusammeln wird, doch muß auch dieses Bedenken gegen das Prinzip der Freizügigkeit zurücktreten. Die Kluft von Amendements bitte ich abzuleben, weil durch dieselben teilweise in Verhältnisse eingegriffen wird, deren Tragweite noch nicht zu übersehen ist. Die Wichtigkeit des Planck'schen Antrages hat bereits die Kommission anerkannt, da ohne eine zweckmäßige Regelung der Bestimmungen über das Heimathsrrecht der Freizügigkeit bedenkliche Hemmnisse erwachsen können, doch hat sie einen ähnlichen Antrag abgelehnt, weil jene Bestimmungen eng mit den territorialen Gesetzen zusammenhängen. Die Anträge des Abg. v. Luck sind schwer verständlich; sie nehmen auf die altpreußische Gewerbegebung Bezug und sind teilweise geeignet, die Freizügigkeit illusorisch zu machen. Alinea 1 des Antrages Loewe greift in Privatrechte ein, die nicht durch einen Föderatsrichter zu befehligen sind. Al. 2 ist identisch mit den Beschlüssen zu dem Koalitionsgekte, und diese Bestimmung in zwei Gesetze aufzunehmen, ist unhünlich. Die Aufhebung der Meisterprüfungen würde in ihrer Durchführung doch jedenfalls Ausnahmen, z. B. für Bauhandwerker fordern, und wenn endlich für die ärztliche Praxis eine spezielle Freizügigkeit verlangt wird, so könnten Chirurgen und Hebammen mit denselben Rechten dasselbe fordern. Durch solche Anträge wird die Gewerbegebung nur lächerhaft, und da die Dringlichkeit nicht so groß ist, daß man nicht bis zu dem für die nächste Session in Aussicht gestellten vollständigen Gewerbegebot warten könnte so bitte ich Sie, die Kommissionsvorschläge einfach anzunehmen.

Abg. Dr. Wigard: Der Vorredner hat immer nur von persönlicher Freizügigkeit gesprochen, das Gesetz handelt aber von der Freizügigkeit überhaupt, und es gehört hierzu außer der Vogelfreiheit, sich frei bewegen zu dürfen, auch die Bedingung, daß man seine Kräfte an jedem Orte frei ausnutzen und ohne Gesetz nicht wieder von denselben entfernt werden kann. Die Freiheit der Bewegung ist in dem Gesetz ausgeprochen, doch enthält auch hierin §. 2 Beschränkungen für bestrafte Personen, ohne daß ein Unterschied gemacht wäre zwischen Polizei- und Kriminalstrafen, zwischen politischen und entehrnden Bestrafungen wie er selbst in seinem Wahlgesetz aufrecht erhalten wird, und doch verfährt man gegen den Baganbunden schonender als gegen einen politisch Bestraften. Die Bedenken, daß mit dem Wegfall der Bedingung der Ortsangehörigkeit für die Erwerbung von Grundeigenthum die Zahl der Bürger sich verringern werde, finden ihre Widerlegung darin, daß man durch Aufhebung der Beschränkungen des Bürgerrechts diesen Nachteil vollkommen ausgleichen kann. Die Kommission hat ferner das Recht des Einzelnen, an jedem Orte seine Kräfte frei benutzen zu dürfen, anerkannt, so weit es die Gesetze der einzelnen Orte gestatten. Dadurch bleibt es aber, wie es jetzt ist, und würde z. B. ein Gewerbebetrieb in Mecklenburg für jeden andern Norddeutschen unmöglich bleiben. Die Rückhalt auf wohlerworbenen Privatrechten erheischt nur Entschädigung für wirklich bestehende Rechte, und wenn Preußen in den neuen Provinzen mit wenigen §. alle entgegenstehenden Bestimmungen aufheben könnte, so brauchen wir nicht bis zur Befreiung der verrotteten Zustände in Mecklenburg zu warten. Der Versprechen des Herrn Bundes-Kommissars, in der nächsten Session ein unsern Wünschen entsprechendes Gesetz vorzulegen acceptieren wir gern, sehen aber darin noch keine Garantie, ob dieser Entwurf auch von den Bundesregierungen angenommen werden und in welcher Zeit er praktisch eingeführt wird. Auch in Bezug auf das Recht, nicht durch Polizeiinstruktionen in einem Aufenthalte gestört zu werden, sind uns befriedigende Erklärungen gegeben, doch auch hier wissen wir nicht, ob nicht Verhältnisse wiederkehren, von denen ich Ihnen traurige Beispiele mittheilen könnte. Ich wünsche deshalb eine Garantie gegen diese willkürliche Polizeiwirtschaft, gleichzeitig aber auch die

Befreiung einer feinen und nadelstichartigen Quängelei und Drängelei, die man Seitens der Polizei gegen solche Männer von demokratischer Gesinnung anwendet, gegen die man mit Ausweisung nicht vorgehen kann; man hat für diese Maßregel den schönen Kunstsdruck „siften“ erfunden, und dieses „Siften“ ebenfalls zu befreien beansprucht mein Amendement. Das Gesetz bedarf demnach wesentlicher Erweiterungen und wenn Sie dasselbe Resultat erreichen, welches Sie heute beim Postgesetz hinsichtlich des Briefgeheimnisses erreicht haben.

Abg. Miquel: Das vorliegende Gesetz gibt uns die richtige Erfüllung einer heilsamen Verhebung der Verfaßung. Es ist wirtschaftlich eben so richtig wie politisch; es befreit wirtschaftlich und führt politisch zusammen. In der Generaldebatte haben wir hauptsächlich zu untersuchen, ob es trotzdem zurückzuweisen ist wegen desjenigen, was dem Gesetz fehlt. Man hat nun behauptet, und der Herr Bundeskommissar schien das zuzugeben, es gebe keine volle gewerbliche, sondern eine persönliche Freizügigkeit. Meiner Ansicht nach ist das nicht so. Das Gesetz stellt den Auswärtigen mit dem Einheimischen völlig gleich in Beziehung auf die Wahl des Wohnortes, auf den Erwerb von Grundbesitz, auf das Betreiben von Gewerben jeder Art; und das ist eben Freizügigkeit. Die Frage, ob Gewerbefreiheit einzuführen sei, ist keine Frage der Freizügigkeit, das ist ein Gegenstand, der an und für sich gar nicht in dies Gesetz hineingehört. Allerdings können die vollen Wohlthaten der wirtschaftlichen Freiheit nur durch die Einführung der vollen Gewerbefreiheit erlangt werden. Ich muß mich aber dennoch gegen das Amendement Löwe erklären. Es sollen nach demselben die Bünde und die Meisterprüfungen aufgehoben werden, und für die Aerzte soll noch ein besonderes Privilegium der Freizügigkeit eingeführt werden. Daß die Bünde sich überlebt haben, ist zweifellos. Dagegen ist die Frage, in wie weit die Meisterprüfungen aufzuheben seien, doch noch sehr kontrovers. Man hält dieselben zwar im Allgemeinen für nachtheilig, man ist aber zweifelhaft über ihre Aufhebung im einzelnen Fälle. Die Grenzen zwischen Handwerk und Fabrikat, Kunst und Wissenschaft laufen so vielfach in einander, daß die Annahme der Löwe'schen Amendments in den einzelnen Staaten zu den verschiedensten Auslegungen führen würde. Die Frage nach der Aufhebung der Meisterprüfungen kann nicht so beiläufig entschieden werden, das kann erst geschehen, wenn man das zu sämtlichen Bundesstaaten zu liefernde Material vor sich hat, was in diesem Augenblick feineswegs der Fall ist. Denn das schlimmste, was in der Gesetzegebung herbeigeführt werden kann, ist Unklarheit über die bestehenden Gesetze, und das Löwe'sche Amendement würde eine gewerbliche Anarchie zur Folge haben. Aus diesen Gründen und mit Rücksicht auf die Erklärungen des Herrn Bundeskommissars, der uns ein Gesetz über die Gewerbeordnung verheißen hat, die selbst den eifrigsten Freund der Gewerbefreiheit wird beruhigen können, ist das Amendement Löwe abzulehnen.

Man kann nun sagen, das Gesetz ist unbrauchbar, weil es keine Bestimmungen über das Heimathsrrecht und über die Verpflichtung der Gemeinden zur Unterstützung nicht Einheimischer enthält. Man kann sagen, der Vorwurf, den wir gerade denjenigen machen, welche hier den Antrag auf Einführung der Gewerbefreiheit in das Gesetz hineinbringen wollen, der Vorwurf trifft das Gesetz selber, weil es eine einzelne Materie herausreißt aus einer größeren Materie, die eben nicht in einzelne Theile zerlegt werden kann. Ich glaube allerdings, meine Herren, daß das Gesetz, wie es vorliegt, für sich allein kein einziges Jahr bestehen kann, und zwar wegen der heillohen Konsequenzen, die namentlich in Bezug auf das Heimathsrrecht und die Unterstützungs-Verpflichtung der Gemeinden durch dies Gesetz entstehen. Ich halte dadurch bedingt die Konservierung eines gefundenen Gemeindelebens, einer gefundenen Selbstverwaltung in Gemeinde und Provinz, eine Rückicht, die nicht blos im Allgemeinen für unsere ganze deutsche Entwicklung entscheidend ist, sondern die meiner Meinung nach für den Staat Preußen und für dessen künftige Entwicklung in specie entscheidend ist, indem ich überzeugt bin, daß eine absolute Notwendigkeit für das Gediehen und die Erweiterung des preußischen Staates vorliegt, die Geschäfte immer mehr von oben nach unten abzuwählen, von der Staatsregierung auf die Provinz, von der Provinz auf Kreis und Gemeinde. Es ist daher unsere Aufgabe, um darin liegt ein Hauptunterschied der romanischen und germanischen Entwicklung, kein Gesetz durchzulassen, das die Gefahr involviert, in dieser Rückicht hinderlich zu wirken.

Nach diesem Gesetze jedoch kann sich ein Jeder niederlassen, aufzuhalten, Gewerbe treiben, wo er will, ohne der betreffenden Gemeinde anzugehören. Es kann dies dazu führen, daß der größte Teil der sich Niederlassenden sich um das Gemeindeleben nicht kümmern wird. Die preußische Stadtordnung hat allerdings die Bestimmung, daß auf einen Jeden, der sich irgendwo niederläßt, nach einer bestimmten Zeit alle Lizenzen und Rechte eines Gemeindebürgers übergehen. Ich glaube aber mit Erfahrung dieses Gesetzes wird jene Bestimmung außer Kraft gesetzt, jedenfalls ist mir die Sache zweifelhaft. (Abg. Lasker macht verneinende Bewegungen.) Herr Lasker wird Gelegenheit haben, mich zu widerlegen; einfache Verneinungen beweisen bekanntlich nichts.

In den neuverorbenen Provinzen mit Ausnahme von Hessen wird die Gemeindeangehörigkeit nur erworben durch eine ausdrückliche Willenserklärung des Betreffenden. Hier ist der Betreffende also ganz bestimmt nicht verpflichtet, Gemeindemitglied zu werden. Ich hatte die Absicht, ein Amendement einzubringen, welches diese große Gefahr beseitigen sollte. Die Gemeinde sollte dann nach das Recht haben, einen Jeden nach Ablauf einer bestimmten Zeit zum Eintritt in die Gemeinde — allerdings ohne lästige Nebenbedingungen — zu zwingen. Ich werde erwarten welche Erklärung der Herr Bundeskommissar in Bezug auf die Resolution meines Freunde's Planck abgibt, ob es die Absicht der Regierung ist, nähere Bestimmungen hierüber durch ein allgemeines Gesetz zu geben. Sollte anerkannt werden, daß die Bestimmung des preußischen Rechts bestehen bleibt, dann wird man es auch der Territorial-Gewerbegebung überlassen müssen, den Eintritt in den Gemeindeverband als stillschweigend einzutragen zu regeln. In weit größerem Maße tauchen aber Zweifel auf bei der Frage, wie weit sind die Gemeinden des Bundes verpflichtet, Auswärtige zu unterstützen. Auch in dieser Beziehung herrscht jetzt eine vollständige Anarchie.

Die Bewohner der neuen preußischen Provinzen stehen zu denen der alten — da für sie der Gothaer Vertrag nicht mehr in Betracht kommt — in dieser Beziehung in demselben Verhältnisse, wie Franzosen zu Deutschen. Es kommen Fälle vor, daß die Gemeinden zwar Ersatz zu fordern, aber nicht Ersatz zu leisten, berechtigt und verpflichtet sind.

Diese jetzt schon vorhandenen Unzuträglichkeiten müssen sich jetzt verzweigen und verdreifachen. Es ist mir außer Zweifel, daß die Freizügigkeit innerhalb des Bundes kein Jahr bestehen kann, ohne die allergrößte Verwirrung herbeizuführen, wenn man nicht ein allgemeines Gesetz giebt, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zur Unterstützung nicht Einheimischer. Mich trifft aber bei diesem Bedenken die Thatfrage, daß mag der Bund wollen oder nicht, er ein solches Gesetz wird vorlegen müssen, weil die Verhältnisse ihn zwingen werden und weil er keine Veranlassung hat es nicht vorzulegen. Redner beantragt zu §. 10 (die Vorschriften über die Anmeldung der neu Anziehenden bleiben den Landesgesetzen vorbehalten) hinzuzufügen: „oder Loyalitätsakten“.

(Schluß folgt.)

Das Gesetz wird mit einem §. 13 (von Bethmann-Hollweg beantragt): Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1868 in Kraft — angenommen.

Parlamentarische Nachrichten.

— Die Kommission für das Schuldenwesen des Bundes besteht aus folgenden Mitgliedern: v. Bockum-Dolffs (Vorsitzender), Graf Münnich (Stellvertreter), Kranach (Schrift.), Günther (Deutschkronen (Stell.)), Davier, Hagen, v. Luck, v. Bunsen, Krieger (Posen), Miquel, v. Bordenbach, Krause, Graf Bassewitz, v. Behmen.

Lokales und Provinzielles.
Posen, 22. Oktober. Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält nachstehende Aufforderung:

Unter Bezugnahme auf den §. 21 des Gesetzes vom 11. Mai 1851 werden alle Diejenigen, welche ihre Ansprüche auf Vergütung der während des mobilen Zustandes der Armee in den Monaten Mai bis September 1866 von ihnen bewirkten Kriegsleistungen noch nicht angemeldet haben, hierdurch aufgefordert, dieselben innerhalb einer präzisiven Frist von drei Monaten bei dem betreffenden Landrath unter Vorlegung der nötigen Bescheinigungen anzumelden.

Die Präzisivfrist beginnt mit dem Tage der ersten Publikation gegenwärtiger Aufforderung durch das betreffende Regierungs-

Amtsblatt. Die bis zum Ablauf derselben nicht angemeldeten Ansprüche sind nach der angezogenen Gesetzesstelle von jeder Befriedigung ausgeschlossen.

Berlin, den 14. Oktober 1867.

Der Finanzminister.

v. d. Heydt.

Der Minister des Innern.

Graf Culenburg.

— [Generalversammlung des Handwerkervereins.] Die auf gestern festgesetzte Generalversammlung des Handwerkervereins konnte erst um $\frac{1}{4}$ 10 Uhr Abends eröffnet werden, da sich erst bis dahin die beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern eingefunden hatte. Der Vorstand in der Versammlung wurde Herrn Kupke übertragen. Aus dem vom Sekretär des Vereins Herrn Steinke erstatteten Jahresbericht ersehen wir, daß der Vorstand überhaupt dem Repräsentanten-Kollegium gemeinschaftlich abgehalten. Vereinsstiftungen fanden von Januar bis Mitte Mai regelmäßig allwochentlich einmal, vom Mai bis Ende September er. jedoch nur alle 14 Tage einmal statt, von da ab mehr alle Montage. Es wurden im Ganzen 28 Vorträge im Vereine gehalten. Von den eingegangenen Fragen haben neun der umfassenderen eine eingehende Beantwortung erfahren. Die Bibliothek besteht zur Zeit aus 524 Werken; davon technologische 27, naturwissenschaftliche 65, volkswirtschaftliche 51, geschichtliche 93, geographisch-ethnographische 32, pädagogische 11, bellettistische 245. Unter diesen Werken befinden sich 78, welche in dem abgelaufenen Verwaltungsjahr angekauft worden sind. Die Zahl der Vereinsmitglieder betrug im Jahre 1866 330; gegenwärtig zählt der Verein 295 Mitglieder.

Hierauf teilte der Vorsitzende den Abschluß der Jahresrechnung mit. Darnach beläuft sich die gesamte Solleinnahme auf 321 Thlr., davon kommen in Ausfall 18 Thlr. 15 Sgr., in Rest 7 Thlr., so daß die Steuernahme im Ganzen ca. 294 Thlr. beträgt, die bis auf ca. 37 Thlr. verausgabt worden ist. Die Rechnung wird von der Versammlung auf Antrag der Revisionskommission, welche dieselbe geprüft und in die Ordnung gefunden hat, dechargiert.

Nach diesen Berichten ging die Versammlung zur Festsetzung des Etats pro 1868 über. Der Etat, zwischen Vorstand und Repräsentanten-Kollegium vereinbart, ist in der Einnahme auf 280 Thlr. festgesetzt und in folgender Weise vertheilt worden: für 30 Vorträge 90 Thlr., für die Bibliothek gleichfalls 90 Thlr., Drucksachen 30 Thlr., dem Vereinsboten 50 Thlr., außerordentliche Ausgaben 20 Thlr. Die Versammlung genehmigte den Etat in allen Positionen. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß im nächsten Verwaltungsjahr allwochentlich ein Vortrag im Vereinslokal anberaumt werden solle; ferner, daß in der Zeit vom Oktober bis zum Mai jede Woche ein Vortrag, im Mai so wie im September dagegen nur alle 14 Tage ein Vortrag gehalten werde; in den Monaten Juni, Juli und August sollen aber gar keine Vorträge gehalten, sondern nur die Bücher an der Bibliothek gewechselt werden.

Die Neuwahl des Vorstandes und des Repräsentanten-Kollegiums, welche die Versammlung zum Schluß vornahm, ergab folgendes Resultat. Vorsitzender: Herr Kupke; Vorstandsmitglieder: die Herren Dr. Brieger, Steinke, Stengel, Delschläger, Gräter, Biagini, Ehler, Krause; Stellvertreter: die Herren Berger, Berwin, Garnitow, Leptin; Repräsentanten: die Herren Beyer, Krause, Jänsch, Kallmann, Neubert, Hahn, Witt, Apolant, Preiß, Bischke, Siegler.

Der in der Stadt Wronowitz am 30. Oktober c. anstehende Jahrmarkt ist auf den 20. November d. J. verlegt.

Über die Heilighaltung des Buß- und Bettages herrschen leider in unserer Provinz noch irrite Auffassungen, welche in der Verschiedenheit der Nationalität zu suchen sind.

Von Seiten der katholischen Bevölkerung der polnischen Nationalität wird vielfach behauptet, daß der genannte Feiertag für sie nicht geboten sei und finden demzufolge vielfache Liebertretungen statt.

Vor einigen Tagen standen 23 Birke aus Konarzewo hiesigen Kreises unter demselben Anlaß vor dem Einzelrichter.

Es wurden sämtliche Angeklagte wegen öffentlicher Arbeiten an dem diesjährigen Buß- und Bettage verurtheilt und nur deshalb unter Annahme mildernder Umstände, weil angenommen wurde, daß sie aus Unkenntnis geholt, da sie erklärt, in Zukunft sich nicht wieder irre leiten zu lassen.

An einem der jetzt verlorenen Tage wurde eine Brautperson festgenommen, welche einem 7jährigen

die ungeheilte Anerkennung erworben; das Programm war gut gewählt, die Ausführung meisterhaft gelungen; selbst das Neueste: "Der Satan in Wien" kam gestern zum Vortrag. Außer anderen Volksbelustigungen wurde auch gestern Abend ein in Breslau gefertigtes grohartiges Feuerwerk im Schießhausgarten zum Besten gegeben. Das Schießen erfolgte außer nach der Stern- und Stechscheibe auch nach einer Vogel- und Sternscheibe. Den besten Schuß i die Königsscheibe war Herr Müllermeister Julius Gräzmacher, dessen Prämierung und Einführung heut Nachmittag 3 Uhr erfolgte. Zu dem heut Abend das Fest beschließenden Ball bereitete sich eine so reiche Anzahl Ländler vor, daß unmöglich der Saal — obgleich 100 Fuß lang und 60 Fuß breit — alle aufnehmen könnten.

Das Fest war ein reines Volksfest und ist in größter Harmonie zu aller Zufriedenheit abgelaufen.

11 Pleschen, 20. Oktober. [Verhaftung; Feuer; Festfeier.] Vor einigen Tagen ging hier die amtliche Anzeige ein, daß der Kreisgerichts-Exekutor in Mieszkow spurlos verschwunden sei. Er sollte in amtlicher Eigenschaft erhobene Gelder unterschlagen haben. Gestern wurde er von einem Gendarm aus Berlow in einem Dorftrüge in dortiger Gegend verhaftet und in das hiesige Kreisgerichtsgefängnis abgeliefert. — Vor acht Tagen brannte hier eine Windmühle nieder. Da dieselbe bereits seit zwei Jahren unbrennbar stand, so wird abfichtliche Brandstiftung vermutet — Vorgestern brach in der Windmühle zu Wiczyn Feuer aus. Die Entstehungsursache ist unbekannt. — Gestern Abend feierte der hiesige Männergesangverein im Rathaussaal sein jährliches Herbstfest durch Gesang und Tanz.

12 Kreis Pleschen, 19. Oktober. [Stocherreste; Gerichtliches.] Bei dem Graben eines Fundamentes auf dem Rittergute Chorzen stießen die Arbeiter auf Reste menschlicher Skelette und förderten eine Menge Knochen zu Tage. Obwohl auf dem Gut ein 84jähriger Mann und eine 80jährige Frau wohnen, so wissen diese sich dennoch nicht zu entsinnen, daß dort ein Kirchhof bestanden habe, nur wollen sie sich erinnern, von ihren Eltern gehört zu haben, daß dort früher ein Kirchhof war. Auf Wunsch des Pfarrers zu Brzezie werden die Knochenreste gesammelt, um auf dem Kirchhof zu Brzezie ihre Ruhestätte zu finden.

* **Bronke, 20. Oktober.** Am 16. v. M. ist aus der Schwurgerichtsverhandlung vom 14. inferirt, daß dem Gutsbesitzer Grube zu Popowo mittels Einbrücks 3 Getreidesäcke und einige Scheffel Getreide gestohlen wurden und daß Kutta zu 3 Monat Gefängnis ic. verurtheilt worden sei. Der Bestohlene heißt aber Grübe, und der Dieb ist zu 9 Monat Gefängnis verurtheilt.

(Bur Rechtfertigung unseres Ref. bemerken wir, daß beide Belehrer sich beim Satz eingeschlichen hatten. D. Ned.)

Sławicz, 20. Oktober. [Jubiläum — Verhütetes Eisenbahnhäuschen — Oberregierungsrath Wegener.] Am gestrigen Tage feierte, oder richtiger gesagt, feierte nicht der Dr. Schneider, unter Stadtverordnetenvorsteher das 25jährige Jubiläum seiner Wirtschaft als Arzt. Seine Freunde hatten beachtigt, diesen Tag durch ein Souper und durch die Übergabe eines Ehrenabzeichens auszuzeichnen. Aber der Jubilar sprach sich auf eine ihm gewordene Kunde hierzu so entschieden dagegen aus, daß von jeder Feier Abstand genommen werden mußte, so daß dieses Fest nur im engsten Familienkreise begangen werden konnte. Selbst den Gratulationen nahmstehen der Personen mußte sich Dr. Schneider zu entziehen, indem er seine Abgehnheit gegen jede Ovation, selbst bis auf diesen Punkt erstreckte. Von Seiten unserer Einwohner wurde dies um so mehr bedauert, als Dr. Schneider nicht bloß in seiner ausgedehnten Praxis Gelegenheit gehabt hat, sich einen großen Kreis von Anhängern zu verschaffen, sondern weil er auch in seiner Stellung als Stadtverordnetenvorsteher, die er in Folge von wiederholter Wiederauflistung noch nicht beendet ist, so läuft sich doch schon beurtheilen, daß durchschnittlich der halbe Ertrag der vorjährigen Ernte, die bekanntlich eine sehr ergiebige war, erzielt worden ist.

3 Bremberg, 17. Oktober. Die hiesigen katholischen Lehrer sind seitens des Herrn Protopstes aufgefordert worden, in der Woche, jedesmal, wenn sie des Morgens in der Schule Religionsunterricht ertheilen, was viermal der Fall ist, mit ihren Schülern den Frühgottesdienst in der katholischen Kirche beizuwöhnen. Das geschieht nun auch seit gestern pünktlich; es dürft sich diese Anordnung aber wohl kaum mit den Instruktionen, welche Seitens des Magistrats den Schulen ertheilt sind, und wonach der Unterricht um 8 Uhr des Morgens beginnen soll, vertragen, denn die Entfernung von der katholischen Kirche bis zu den meisten Schulen ist ziemlich groß und, da der Gottesdienst immer erst um 8 Uhr beendet ist, so können unmöglich die betreffenden Lehrer und Schulkinder um 8 Uhr wieder in der Schule sein, müssen also verspätet. Die Verspätungen sollen sich bei einzelnen Schülern auf 20 Minuten bis auf 1/2 Stunde belaufen.

Es sind vor kurzem eine Anzahl Erd- und Werkstattarbeiter der königl. Ostbahn von hier und von andern Städten mit der Eisenbahn gratis nach Berlin abgegangen, um dort bei dem Bau des Berlin-Küstriner Bahnhofes beschäftigt zu werden. Den Leuten soll hier von ihrem Vorarbeiter gesagt sein, daß sie in Berlin täglich 16 Sgr. Arbeitslohn erhalten würden, während sie hier nur 12 Sgr. pro Tag verdienen. In diesen Tagen sind aber fast sämtliche Arbeitsleute von hier mit Ausnahme einiger Handwerker returniert, weil sie 1. wie ich höre, statt 16 Sgr. Arbeitslohn nur 15 Sgr. erhielten, und weil 2. die Wohnungen in Berlin für die hiesigen Leute zu teuer, ja fast gar nicht zu bekommen waren. In Betreff der Lebensmittel äußerten sie sich dahin, daß dieselben theils zu billigeren Preisen zu haben seien als in Bremberg. Die Arbeiter sind abermals aufgefordert, zu erklären, ob sie nicht Lust hätten, nach Berlin zu gehen. Wer aber einmal seine Zustimmende Erklärung abgegeben, müsse dabei auch verbleiben.

Am Mittwoch haben hier wieder in einigen öffentlichen Lokalen nicht öffentlich Versprechungen über die bevorstehenden Wahlen stattgefunden. Zu diesen Versprechungen ergeben besondere Einladungen per Karte oder Brief. Nichtbeiretsch Ulrichs soll einen Auftritt haben. In der Fortschrittspartei haben, wie ich höre, die Herren Sauen Georgensfeld und Kreisrichter Lasse aus Thorn jetzt zugesagt, Mandate für das Abgeordnetenhaus anzunehmen.

5 Bremberg, 20. Oktober. [Versammlung der freien Industriellen; Pauserei; Bauetat.] Gestern Abend fand im Kreuzerschen Lokal wiederum eine Versammlung der freien Verein Industriellen Brembergs statt, um über die im nächsten Jahre hier projektierte Ausstellung, so weit sie das Gewerbe betrifft, zu berathen. Der Vorsitzende, Herr Stadtbaur. Müller, fragte zunächst die anwesenden Vertrauensmänner, welche Resultate sie in Betreff der Anmeldungen erhielt hätten. Herr Fabrikant Theodor Wulff theilte mit, daß er 30 Anmeldungen habe und daß jeder der betreffenden Aussteller eine Quadratruhe Raum für seine auszustellenden Gegenstände wünsche. Bei dem Kaufmann Mag Breidenbach sind 22 Anmeldungen und bei dem Instrumentenmacher Merres 10 dergleichen eingegangen, so daß in Summa also bis jetzt 62 feste Zusagen vorhanden. Rücksichtlich der den Anmeldeboten beigegebenen Garantieschemen wird zur Aufklärung mitgetheilt, daß Niemand verpflichtet wäre, bei der Anmeldung zugleich eine gewisse Garantie zu übernehmen, sondern daß es dem freien Ermessen oder Willen eines Deuses überlassen bleibe, einen Garantieschein zu unterzeichnen oder nicht. Die Fragen, die heute auf die Tagesordnung gestellt waren, lauteten: 1) Wie sollen die Preisrichter gewählt werden, um nach allen Seiten hin vollkommen gerecht und unparteiisch verfahren zu können? 2) Welche Gegenstände sollen prämiert werden? und 3) Worin sollen die Prämien bestehen; sollen namentlich auch Goldprämien eingereicht werden? Die letzte Frage kam zuerst zur Besprechung. Der Buchbindemeister Dettmer war der Meinung, daß dem kleinen Handwerker eine Medaille wenig nütze und es demselben im Allgemeinen sehr gleichgültig wäre, ob er eine solche auf seinen Schreibereien habe oder nicht; Gold wäre ihm jedenfalls angenehm und annehmbar. Kaufmann Wenzel wies zunächst darauf hin, daß hier keineswegs Anträge für das Centralkomite formuliert werden könnten, wodurch man bei demselben Anstoß erregen könnte, sondern daß hier in dieser Versammlung immer nur Wink und Ratschläge für das Central-Komite zu ertheilen wären, die auch gewiß Berücksichtigung finden dürften. Was den speziellen Vorschlag des Herrn Dettmer anbeträfe, auch Goldprämien einzurichten, so erklärte er sich dagegen. Eine Medaille, meinte er, habe einen bleibenden Wert, Gold nur einen vorübergehenden. Herr Dettmer erwiderete zwar hierauf, daß sich trotzdem mehrheitlich keiner der kleineren Handwerker gentiret würde, Goldprämien vorzuziehen; nachdem jedoch auch einige andere Mitglieder sich gegen Goldprämienentscheidung ausgesprochen, dagegen aber den Vorschlag gemacht hatten, viele Artikel der kleineren Handwerker anzukaufen und zu verlosen, erklärte sich die aus ca. 40 Personen bestehende Versammlung gegen die Goldprämienentscheidung und entschied sich für die projektierte Verlosung, welche übrigens, wie der Vorstehende mitteilte, bereits seitens der betreffenden Behörde genehmigt worden. — Die Frage, aus welchen Personen die Preisrichter zu wählen, wurde vielfach vertilkt und nahm eine lange Zeit in Anspruch, gelangte indeß nicht zum Abschluß. Ein bestimmter allgemeiner Wunsch konnte bei den vielfach auseinandergehenden Ansichten noch nicht ausgesprochen werden. Ein Mitglied wünschte, es sollten nur Richtstaatsleiter zu Preisrichtern gewählt werden; ein anderes: man möchte aus jeder Gewerbsbranche einen tüchtigen Sachverständigen heraussuchen; ein dritter machte den Vorschlag, daß die zu wählenden Preisrichter, falls sie zugleich Aussteller seien, auf jede Anerkennung verzichten sollten; ein vierter will zu Preisrichtern nur Personen von außerhalb, die besonders zu diesem Antheil eingeladen werden sollen, gewählt wissen. Nr. 3 der Tagesordnung, welche Gegenstände zu prämiert seien, ob nur selbstdargestellte oder auch Handelsartikel, wurde nach langer Debatte schließlich dahin entschieden, daß man an maskgebender Stelle vorschlagen wolle, einen Unterschied zu machen zwischen selbstgefertigten Fabrikaten und Handelsartikeln, und daß erstere zu prämiert seien, letztere aber eine ehrende Anerkennung erhalten sollten. Die Versammlung, welche von 8 bis 11 Uhr dauerte, vertrat sich hiermit bis zum nächsten Sonnabend.

Gestern machten hier ca. 20 bis 25 nach verschiedenen Universitäten durchreisende Studenten resp. Abiturienten eine böse Erfahrung. Sie hatten beschlossen die Nacht in Bremberg zu verbleiben und einen kleinen Bierkonzert abzuhalten. Es fand sich auch ein hierzu passendes Lokal auf der Danziger Chaussee. Als sich aber die Gesellschaft im besten Kneipen befand (etwa um 12 Uhr Nachts), gerieten einige der Kommilitonen, welche hinausgegangen waren, vor der Thür mit einem Handlungskommiss in Konflikt; es kam zu einer derben Panzeret, so daß verschiedene Nachtwächter und eine Militärpolizei herbeigeholt wurden, welche die Schuldigen arretierten wollten. Den Schuldigen zu finden war jedoch schwer, und so erklärten denn sämtliche Studenten bereitwillig, daß sie zur Polizei oder Wache mitgehen wollten. Es blieben wirklich ihrer 12 bis heute Morgen im Polizeigewahrsam, wo sie denn nach dargethanen Unschuld sofort entlassen wurden. Der Streit soll daher gekommen sein, daß jener Handlungskommiss, der wahrscheinlich nie Gelegenheit gehabt hat, Studenten mit ihren Körperschäumen zu sehen, sich hierüber lustig mache, einen Studenten vor der Thür mit der brennenden Zigarre ins Gesicht führt und ihn "dummer Junge" schimpfe. Dem Handlungsdienner assistierte seine aus 4 bis 5 Personen bestehende Begleitung.

In Bau-Etat der hiesigen Stadt durften, wie ich höre, pro 1868 überhaupt ca. 1000 Thlr. erpart werden; der Reservefonds der Gasanstalt wird indeß im nächsten Jahre ca. 6000 Thlr. hergeben müssen, da beschlossen worden ist, auch die entferntesten Straßen der Stadt mit Gaslicht zu versehen und sämtliche Del- oder Petroleumlampen, welche dort bisher gebrannt haben, zu kassieren, weil dieselben verhältnismäßig weit theurer sind als Gas. Trotz der prahlstirten Bauten durch Röhrenleitung ic. ist dennoch Hoffnung vorhanden, einen so großen Überdruss zu erzielen und wieder an den Reservefonds abtreten zu können, als die Baufosten betragen. Im vergangenen Jahre sind für Röhrenlegungen ic. nur 2000 Thlr. in Anspruch genommen worden.

~ **Schniedemühl, 20. Oktober. [Schwurgericht.]** Am 14. Okt.

ober c. begann die vierte hiesige Schwurgerichtsperiode. Es liegen dem Schwurgericht diesmal verhältnismäßig zahlreiche Sachen zur Entscheidung vor, so daß die Session 14 Tage dauern wird. In den ersten 7 Tagen kamen 16 Sachen mit 23 Angeklagten zur Verhandlung. Es befanden sich unter den ersten Sachen 4 Urkundenfälschungen, 16 schwere und 6 einfache Diebstähle, mehrere Unterschlagungen, ein Viehneid, eine Brandstiftung, eine Fehlerei u. eine schwere Körperverletzung, welche die Verstümmelung des Verächtigten zur Folge hatte. Nur in einer Sache erfolgte Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte in allen übrigen Sachen zusammen auf 93 Jahre Buchthaus, 67 Jahre Stellung unter Polizeiaufsicht, mehrere Jahre Gefängnis und 150 Thaler Geldbuße. Besonders Interesse erregt die Verhandlung in Betreff der Verstümmelung. Dieser Fall war folgender: Der 21jährige Recruit Kopczynski litt an einem Blutgeschwür und wurde deshalb ins Militärlazarett zu Nadel gebracht. Am 18. Februar 1865 Abends entfernte er sich heimlich aus dem Lazarett mit einem seiner Kameraden, um in der Stadt Nadel eine Schänke zu besuchen. Sie waren bereits in mehreren Schänken gewesen, als sie vor der Radfachsen, in welcher Musik war, vorübergingen. Der Begleiter des Kopczynski klopfte an das Fenster der Schänke. Sogleich traten mehrere Civilpersonen heraus auf die Straße und ließen den davon eilenden beiden Soldaten nach. Kopczynski hatte das Unglück zu Boden zu stürzen. Ihn hatte Winiol erreicht, welcher ihm einen Fußtritt ins Gesicht gab, und nachdem sich Kopczynski umgedreht hatte, um das Gesicht zu schützen, warf sich Winiol auf seinen Rücken und brachte ihm mit einem zweischneidigen Instrument — wahrscheinlich einem Messer — einen Stich in den Rücken bei. Die Kleider des Kopczynski waren scharf gerändert durchschnitten, und diesem Schnitt gemäß zeigte sich eine 1½ Zoll tiefe Wunde in dem Rücken des Kopczynski. Nachdem Kopczynski den Stich erhalten hatte, stürzte er sofort, daß seine Füße gelähmt waren. Es war ihm unmöglich, sich zu erheben; er wurde in diesem hilflosen Zustande ins Lazarett getragen. Der Arzt zweifelte Anfangs an seiner Genesung, doch wurde die Wunde geheilt. Seine Füße sind jedoch gelähmt geblieben, so daß er mit Hilfe eines Stockes sich nur mühsam fortschleppen kann. Das Szenen und Szenen wird ihm schwer, die natürlichen Entleerungen erfolgen wider seinen Willen. In diesem hilflosen Zustande wird er nach dem Gutachten des Arztes seine ganze Lebenszeit hindurch verbleiben. Und dieser Zustand des Kranken ist dadurch hervorgerufen, daß sein Rückenmark durch jenen Stich durchbohrt worden war. Der Gerichtshof, die entseigliche Folge der Misthandlung erwägnd, verurtheilte den Angeklagten zu einer zwölfjährigen Buchthausstrafe. — Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, darauf aufmerksam zu machen, daß das Strafgesetz für die Folgen jeder Misthandlung den Thäter verantwortlich macht, wenn auch der Erfolg der Misthandlung nicht beabsichtigt worden ist.

~ **Bermischtes.**

* **Anklam. [Ein origineller Druckfehler]** steht in einer Magistratsbefehlsmeldung des hiesigen Kreisblattes. Es ist im Korstschuszbegriffe

Hohegebinde ein Forsthilfsaufseher angestellt; derselbe ist laut Publikation zum Waffengebrauch berechtigt und trägt an der Mütze das "Diebstahlzeichen (!)" der städtischen Forstbeamten."

* **Augsburg** schreibt man: In der Stadt Strelitz beklagt man sich über die Anstellung von 12- bis 16jährigen Burschen als Briefträger, welche an Buveläufigkeit Vieles zu wünschen übrig lassen. Es ist bereits zum dritten Male der Fall vorgekommen, daß ein solcher Briefträger die ihm zur Bestellung übergebenen Briefe nicht ausgetragen, sondern auf einen Dunghausen geworfen hat. Solcher Briefe sind ständig 175 aufgefunden worden, deren ältester das Datum vom 19. September trägt. Doch ist die Vermuthung begründet, daß sehr viele von diesem Zeitpunkte angelangte Briefe gleichfalls auf die gebrachte Weise bestellt worden sind. Es ist hieran wohl hohe Zeit, daß die Landespost auf den Norddeutschen Bund übergeht.

* **Schwerin. [Aus dem Freiwilligen-Examen.]** Der Kom-

mis eines Materialwaren-Geschäfts in einer Stadt Mecklenburgs hatte sich

zum Dienst als einjähriger Freiwilliger gemeldet. Bei dem Examen soll folgendes Swiegegespräch vorgekommen sein: "Wo liegt Java?" "Das weiß ich nicht." "Was kommt denn von Java?" keine Antwort. "Mein Gott, wo beziehen Sie denn Ihren besten Kaffee her?" "Das darf ich nicht sagen — das ist Geschäftsgesheimnis."

* **Wien.** Ein alter Stabsoffizier richtet an die "Presse" folgende Zu-

schrift: "Herr Redakteur! Ad vocem "Stockprügel beim Militär"

brachten Sie in den letzten Tagen (nach einer Wiener Korrespondenz, der "Grazer Tagespost") die Mittheilung von einer vom Kriegsministerium im Präsi-

dialwege erlassenen Instruktion, deren Auslegung dahin geht: Die vor Neu-

jahr Geprügelten haben, weil bis dahin das Prügeln "standesgemäß" war, ihre

Ehre nicht verwirkt und sind so zu betrachten, als hätten sie nie einen Has-

linger verspürt, während das Gegenteil von den nach Neujahr Geprügelten

zu gelten hat. Das wäre demnach ein Argument ad hominem, daß es

einen Unterschied der Stände geben müsse. Erlauben Sie mir nun dagegen

einen Argument ad hominem als Beleg anzuführen, daß es auch Mittel und

Wege gibt, diesem Standsunterschied ein Schnippchen zu schlagen. Einer

meiner Waffengefährten, ein Veteran der Kaiserl. österreichischen Armee, erzählte

mir, daß er im Jahre 1820 Hauptmann im Inf.-Regt. Mariajäg Nr. 37

war, ein Gemeiner seiner Kompanie sich einmal zum Rapport gemeldet hat

und ihn um 25 Stockstreiche gegeben habe, weil er der einzige sei, der noch keine

bekommen habe, und deshalb von seinen Kameraden verhöhnt werde!"

* **Scine famose ehegerichtliche Entscheidung** wird der "Wiener Presse" mitgetheilt: Der Bauer A. that seiner Dienstmagd schön und prügelte jahrelang sein Weib, weil es eiferte. Heuer endlich suchte sie Schutz und

fand ihn auch in folgendem Sprache des (geiflichen) Ehegerichts: "Die Scheidung werde auf so lange bewilligt, bis der Mann seine Gattin derart be- handelt, daß ihr geistliches und leibliches Wohl nicht leide." Wie der Mann sein Weib behandelt, kann, wenn Beide getrennt leben, das hat das lösliche Ehegericht anzugeben vergessen.

~ **Wochenkalender für Konkurse und Subhastationen.**

A. Konkurse.

Terminen und Fristabläufe. Donnerstag den 24. Oktober c.

1) Bei dem Kreisgericht zu Lissa in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Moritz Peiser zu Reisen Ablauf der Anmeldungsfrist für Vor- derungen.

2) Bei dem Kreisgericht zu Kempen in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Woyciech Symanski dasselbe Ablauf der Zahlungsfrist.

3) Bei dem Kreisgericht zu Lissa in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Woyciech Symanski dasselbe Ablauf der Zahlungsfrist.

4) Bei dem Kreisgericht zu Lissa in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Woyciech Symanski dasselbe Ablauf der Zahlungsfrist.

5) Bei dem Kreisgericht zu Lissa in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Woyciech Symanski dasselbe Ablauf der Zahlungsfrist.

6) Bei dem Kreisgericht zu Lissa in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Woyciech Symanski dasselbe Ablauf der Zahlungsfrist.

7) Bei dem Kreisgericht zu Lissa in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Woyciech Symanski dasselbe Ablauf der Zahlungsfrist.

8) Bei dem Kreisgericht zu Lissa in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Woyciech Symanski dasselbe Ablauf der Zahlungsfrist.

9) Bei dem Kreisgericht zu Lissa in dem Konkurs über das Vermögen

3) Bei dem Kreisgericht zu Meseritz in dem Konf. über das Vermögen des Kaufm. Mendel Wolff dagebst. Vom 10 Uhr Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen und Bestellung eines definitiven Verwalters vor dem Kommissar des Konkurs Kreisrichter Große.

Freitag den 25. Oktober c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Ostrowo a) in dem Konf. über das Verm. des Kaufm. Jacob Cohn zu Abelau vom 10 Uhr Termin zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung der Kreisgerichts-Salarientasse zu Polnisch-Wartenberg in Höhe von 14 Thlr. 21 Sgr. 2 Pf.

b) in dem Konf. über das Vermögen des Zimmermeisters Joseph Mierzynski desgleichen zur Prüfung einer von dem Dienstmädchen Barbara Mielozek nachträglich angemeldeten Lohnforderung von 18 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf.

2) Bei dem Kreisgericht zu Birnbaum a) in der Kaufmann Carl Nitsch'schen Konkursache Mittags 12 Uhr Termin zur Prüfung einer von dem Schuhmachermeister Schaul in Birne nachträglich angemeldeten Forderung von 600 Thlr. nebst 5 Pf. Binsen seit dem 11. September 1860.

b) in der Kaufleute Strilack'schen Konkursache Mittags 12½ Uhr desgleichen zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Wechselseitigen Forderung des Kaufmanns Blumenthal in Berlin im Betrage von 1300 Thlr.

Sonnabend den 26. Oktober c. Bei dem Kreisgericht zu Posen in dem Konf. über das Verm. des Handelsmanns Wanow zu Koszrenski hieraufst. Ablauf einer zweiten Frist zur Anmeldung von Forderungen.

Montag den 28. Oktober c. Bei dem Kreisgericht zu Samter in dem Konf. über das Vermögen des Fabrikbesitzers Mag. Mittelstädt zu Carlshoff Vormittags 10 Uhr Termin zur Prüfung der bis zum 7. Okt. c. angemeldeten Forderungen und zur Bestellung eines definitiven Verwalters.

B. Subhastationen.

Es werden öffentlich und meistbietend versteigert:

Donnerstag den 24. Oktober c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Posen das zu dem Nachlaße des Fleischermeisters Martin Dulinsti gehörige, in der Stadt Posen unter Nr. 177. der Altstadt (Wasserstr. Nr. 18.) belegene Grundstück, abgeschägt auf 4357 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf.

2) Bei dem Kreisgericht zu Wreschen das dem Maurermeister Gustav Weigel und dessen Chefar Pauline geb. Luschus gehörige, zu Berkowmo unter Nr. 52. belegene Grundstück, abgeschägt auf 2345 Thlr.

Freitag den 25. Oktober c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Kempen das dem Anton Kowalewski gehörige und in dem Dorfe Bajaczko wo sub Nr. 2. belegene Grundstück, abgeschägt auf 1010 Thlr.

- 2) Bei dem Kreisgericht zu Wollstein in das dem Schmied Theresia geb. Neumann und Joseph Diering'schen Eleuten gehörige, zu Neu-Kramzig Nr. 32A. belegene Grundstück, gerichtet abgeschägt auf 305 Thlr.

Montag den 28. Oktober c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Trzeemesno das zu Kierzko wo unter Nr. 3. belegene, dem Johann Friedrich gehörige Grundstück, gerichtet abgeschägt auf 12,720 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf.

2) Bei dem Kreisgericht zu Wreschen das den Thomas und Marianna geb. Abramczyk Waszaf'schen Eleuten gehörige, in Igow o unter Nr. 15A. belegene Grundstück, abgeschägt auf 1400 Thlr.

Gewinn-Liste

der 4. Klasse 136. königl. preuß. Klassen-Lotterie.
(Nur die Gewinne über 70 Thaler sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Bei der heute angefangenenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

7 144 294 305 14 54 93 427 515 20 32 664 798 813 27
(200). 1117 26 40 82 83 281 323 60 78 88 495 683 (500) 90 704
22 75 831 33 85 960 (100). 2152 87 218 56 67 76 90 511 26
603 783 896 959. 3009 38 86 110 226 61 425 42 51 57 61
(500) 97 538 602 715 827 (500) 71 903 32 4062 (100) 67 165
76 (100) 263 70 76 (100) 379 90 409 500 631 (100) 48 86 87
708 58 82 (1000) 88 802 64, 5046 48 88 354 444 70 94 572 653
92 92 750 854 59 946. 6002 73 120 (200) 40 84 99 247 328
40 64 583 93 604 83 746 99 807 924 40 51 59 61 (1000) 94
(1000). 7166 86 (100) 95 97 238 72 313 53 465 88 (100) 634 (100)
84 894 900 9. 8044 (1000) 82 89 106 58 324 556 81 642 45 81
788 811 (100) 91. 9001 53 (100) 123 246 76 347 63 416 45 58
510 33 699 721 (200) 29 819 65 (200) 906 16 29 (500) 31.
10,001 100 10 49 87 206 7 11 69 74 337 87 402 14 527 45
85 607 54 69 779 80 806 16 89 (100) 907 62 65 (200). 11,029 31
40 70 115 22 37 49 241 79 391 475 513 20 47 66 87 642 77 95
700 31 34 804 (200) 8 13 (200) 965 93. 12,010 123 51 222 32 49
347 (1000) 67 (100) 476 53 649 765 82 (300) 980 91. 13,024
136 61 64 321 44 (100) 472 74 510 30 681 82 (200) 82 824
40 912. -14,009 13 56 72 143 214 38 (500) 58 88 403 5 87 (2000)
518 84 (100) 787 874 (200) 954 93. 15,057 72 82 83 126 200 25
38 55 59 307 (500) 37 62 412 (200) 67 72 618 23 34 74 78 (100)
804 12 47 900 5 48 55. 16,005 9 19 80 124 216 78 414 64 839
60 92 912 21 55 71. 17,060 134 (1000) 220 21 (100) 47 99 (200)
301 490 94 533 56 (100) 602 729 903 9 77. 18,050 (100) 96 98
287 303 (1000) 18 45 50 87 556 621 734 86 813 995. 19,057
(100) 83 88 (100) 107 32 88 267 (100) 85 379 485 99 (100) 504
5 49 (500) 658 59 70 (500) 798 801 9 29 77 79 954 75 91.
20,018 56 107 (100) 86 96 250 (100) 68 76 492 549 76
(100) 687 720 839 55 923 50. 21,050 104 69 (100) 335 470
557 (200) 623 (100) 48 49 709 85 720 59 (1000) 68 88 927 30 48
89 (200) 96. 22,007 50 63 (200) 83 90 129 50 89 211 (100) 91 354
95 425 67 79 526 84 678 740 46 (500) 821 (1000) 924 57. 23,001
9 117 47 54 61 229 36 62 306 12 56 420 (100) 47 (100) 537 92
612 56 721 39 74 97 820 76 966 (500). 24,023 160 200 6 353
65 92 4 8 522 25 663 (1000) 67 77 730 (100) 47 59 95 841 (100)
78 960 72 75. 25,007 60 69 83 94 192 234 231 94 409 17 21
90 528 40 66 63 79 652 790 884. 26,005 46 (100) 147 92 202
20 53 (100) 422 69 541 668 72 777 825 80 900. 27,034 75
190 257 85 95 (100) 491 99 644 46 907 87. 28,060 79 82 133
239 86 95 (500) 461 (200) 66 516 55 655 705 41 805 26 35 85
(500) 925 32 47 75. 29,008 148 61 64 90 202 (500) 3 (1000) 332
442 572 (100) 708 12 18 24 37 (500) 47 56 (100) 97 811 58 914
(100) 21 22 (100) 32 35.
30,059 86 119 43 76 201 35 37 (100) 91 309 10 35 50 480
555 600 59 723 958. 31,006 126 40 82 200 37 342 86 401
(500) 82 505 (200) 20 37 39 95 641 78 (100) 98 735 55 (100) 66
817 23 26 95 963. 32,041 176 91 (2000) 285 342 50 77 412 643
783 803 7 927 (200) 30 58. 33,049 (1000) 89 140 55 (500) 79 226
(100) 46 54 88 423 631 (500) 33 94 711 25 61 (200) 62 75 833
74 977 (200). 34,035 (1000) 198 350 58 83 99 417 (100) 27 68 514
614 17 22 31 738 43 877 (100) 907 (200). 35,037 84 88 322 79 87
420 (200) 500 13 44 58 67 617 77 97 765 80 914 86. 36,048 (100)

Telegramme.

Baden, 21. Oktober. Dem Vernehmen nach wird der König von Preußen morgen früh auf der Station Doss den nach Paris durchreisenden Kaiser von Destrach begrüßen.

Paris, 21. Oktober. Der „Konstitutionel“ spricht in einem von Limayrac gez. Artikel nach den neuesten Nachrichten die Hoffnung

auf Unterdrückung der Revolution aus und beglückwünscht die italienische Regierung wegen dieser Haltung. Der „Temps“ glaubt, der Papst werde eine Abänderung der Septemberkonvention zugeben.

Paris, 22. Oktober. Der heutige „Moniteur“ sagt: Ange-
sichts des Angriffs der Insurgenten auf den Kirchenstaat hatte die Regierung beschlossen, ein Expeditionskorps nach Civita-Bechia zu senden. Diese Maßregel war die Erfüllung einer Pflicht, welche die Ehre und Würde Frankreichs beanspruchte. Die Regierung durfte nicht dulden, daß die Unterschrift Frankreichs auf der Septemberkonvention verlest, oder missachtet würde. Die italienische Regierung gab indes der kaiserlichen die kategorischsten Erklärungen, daß alle nothwendigen Maßregeln ergriffen seien, um die Invasion des Kirchenstaats zu verhindern und die Septemberkonvention wieder wirksam zu machen. Hierauf befahl der Kaiser, die Einschiffung der Truppen zu sistiren.

Toulon, 21. Oktober, Nachmittags. Die Brigade Bohles schiff sich soeben aus. Die Truppenzüge sind sichtbar. Die eingetroffene Division wird hier campieren, die Schiffsrüstungen sind inspiziert, sonstige Maßregeln kontrolliert.

Florenz, 21. Oktober. Es heißt, Cialdini werde zunächst mit dem gegenwärtigen Ministerium die augenblicklichen Schwierigkeiten zu beseitigen suchen. Nach dem „Diritto“ räumten die Insurgenten fast ganz den Kirchenstaat, es fehlt an Waffen zur Fortsetzung des Kampfes. Seitens mehrerer Municipalitäten und Korporationen sind Adressen ergangen, welche die Regierung ersuchen, den Wunsch der Nation zu erfüllen.

Florenz, 21. Oktober, 3 Uhr Nachmittags. Cialdini hat die Kabinetsbildung noch nicht zu Stande gebracht. 9 Uhr Abends gegenüber einer Volksdemonstration versicherte Ratazzi, die Regierung werde die nationale Ehre wahren. Eine Proklamation Garibaldi's spricht der Nation Mut ein und hofft, die Schwäche der Nation werde abgewaschen werden.

Wiederholte Anerkennungen aus ehrenhaften Quellen.

Schwedt a. O., 5. September 1867. Seit 6 Jahren lag ich an Nervenschwäche und gänzlicher Verdauungsunfähigkeit so sehr dahin, daß ich mich fast gar nicht von der Stelle rühren konnte. Durch Ihr Malzgekrat-Gesundheitsbier, daß der Herr Oberstabs- und Regimentsarzt Dr. Hennet, der mich behandelte, mir verordnete, bin ich Gottlob nun so weit wieder hergestellt, daß ich mich frei bewegen und wieder alle Speisen genießen kann. Ich habe die feste Überzeugung, daß der Genuß Ihres Malzgekrats mich vom sicheren Tode gerettet hat. Da ich ohne dies Gesundheitsbier jetzt gar nicht leben kann ic. (folgt Befehlung), Frau Ober-Steuere-Inspektor Schleicher. Dem Genuß Ihrer vorzüllichen Malz-Gesundheits-Chocolade verleihe ich Leben und Gesundheit; ohne diese gehörte ich nach dem Urtheil des Arztes zu den längst Vergessenen. E. Meyer, Klosterrichter 101. in Berlin. — Die wohlthätige Kraft dieser Malz-Heil-Nahrungsmittel des Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin ist so hervorleuchtend, daß sie jeder empfindet, der sich ihrer bedient. Ihr Werth erfreut aber dann ganz besonders, wenn plötzlicher Witterungswechsel eintrefft und seine schändlichen Folgen dieselben als beste Zuflucht erkennen lassen.

Die aromatische Malz-Pommade dient zur Erhaltung, Verschönerung und Festigung der Haare und stärkt die Kopfhaut. 1 fl. 15 Sgr. und 10 Sgr.

Vor Fälschung wird gewarnt!

Von sämtlichen welterhöhten Johann Hoff'schen Malz-Habrikaten halten stets Lager; in Posen General-Depot und Haupt-Niederlage bei **Gebr. Plessner**, Markt 91., Niederlage bei **R. Neugebauer**, Wilhelmplatz 10.; in Wongrowitz **Herr Th. Wohlgemuth**; in Reutomysl **Herr Ernst Tepper**; **A. Jaeger**, Konditor in Grätz.

Angelockene Fremde

vom 22. Oktober.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Graf v. Kretzki nebst Frau und v. Krzyzanowski aus Grembinan, v. Szoldrski nebst Frau aus Popowo, v. Roznowski aus Arcugowo und v. Malczewski aus Swiniany, Rentier Langiewicz aus Rafal, Kaufmann Bugrowsky aus Berlin.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Weil aus Lissa, Hirschberg aus Frankfurt a. O., Brisch und Plimpe aus Berlin, Heymann und Günther aus Breslau, Wenzel aus Köln, Rosenthal aus Berlin, Behrens aus Bittau, Schmidt aus Elberfeld, Müller aus Freiburg und Seppel aus Hamburg, die Rittergutsbesitzer Walz aus Gora, v. Brodowski aus Pawlowo, v. Tafarski aus Koblenz und Frau v. Potworowska aus Koszovo, Arzt Stöcke aus Batavia.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Weil aus Lissa, Hirschberg aus Breslau, Wenzel aus Köln, Rosenthal aus Berlin, Behrens aus Bittau, Schmidt aus Elberfeld, Müller aus Freiburg und Seppel aus Hamburg, die Rittergutsbesitzer Walz aus Gora, v. Brodowski aus Pawlowo, v. Tafarski aus Koblenz und Frau v. Potworowska aus Koszovo.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer v. Kaniewski aus Lubowiczi, Gutsbesitzer Tiege aus Klejcejewo, Rentier Przyborski aus Bromberg.

MYLIUS' HOTEL DE DRESE. Rittergutsbesitzer Baier nebst Familie aus Storzeno, Major Burchert nebst Familie aus Graudenz, Hauptmann und königl. Stallmeister v. Möller aus Potsdam, die Kaufleute Lüwig aus Halle a. S., Giese aus Stettin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Quart soll am **Freitag den 25. d. Mts.** Behufs einer Besprechung über die Wahl eines Abgeordneten der Stadt Posen zum preußischen Abgeordnetenhaus findet

Dienstag den 22. Oktober Abends 8 Uhr in dem

Saale des Volksgartens

eine

Urwählerversammlung

statt, zu welcher wir ergebenst einladen.

Bertheim. Hermann Bielefeld.

Döring. Garßen. L. Jasse. Neumann. Pilek. Dr. Waldstein.

Königliches Kreisgericht. I. Abtheilung.

D

1867—1868.

Winter-Saison

Bad Homburg vor der Höhe.

Die Winter-Saison von Homburg bietet den Fremden alle Annehmlichkeiten und Zerstreuungen grösserer Städte. Das großartige Konversationshaus bleibt das ganze Jahr hindurch geöffnet; dasselbe enthält einen großen Ball- und Konzertsaal, einen Speise-Salon, Kaffee- und Rauchzimmer, mehrere geschmackvoll ausgestattete Konversations- und Spieläle. Das grosse Lesekabinett ist dem Publikum unentzettelich geöffnet, und enthält die bedeutendsten deutschen, französischen, englischen, italienischen, russischen, polnischen und holländischen politischen und belletristischen Journale. Die Restauration ist dem rühmlichst bekannten Hause Chevet aus Paris anvertraut.

Jeden Abend lädt sich die Kurkapelle von Garbe und Koch in dem großen Ballsaal hören.

Bälle, Konzerte und andere Festlichkeiten wechseln, wie in der Sommersaison, fortwährend mit einander ab. Eine ausgezeichnete französische Vaudeville-Gesellschaft ist engagiert, die in dem Theatergebäude, welches durch eine geheizte Galerie mit dem Konversationshaus verbunden ist, wöchentlich zwei bis drei Vorstellungen gibt.

Große Jagden in weitem Umkreise enthalten sowohl Hochwild als alle anderen Wildgattungen.

Man gelangt von Wien in 24 Stunden, von Berlin in 15 Stunden, von Paris in 16 Stunden, von London in 24 Stunden, von Brüssel und Amsterdam in 12 Stunden vermittelst direkter Eisenbahn nach Homburg. Sechzehn Züge gehen täglich zwischen Frankfurt und Homburg hin und her, und befördern die Fremden in einer halben Stunde; es wird denselben dadurch Gelegenheit geboten, Theater, Konzerte und sonstige Abendunterhaltungen Frankfurts zu besuchen.

Nachdem ich meine Restaurations-Lokale vergrössert und den Anforderungen der Jetzzeit gemäss neu eingerichtet, mit allem Comfort ausgestattet, ferner für eine vorzügliche Küche gesorgt habe, welche in jeder Hinsicht auch die feinsten Gourmands befriedigen dürfte, mein Weinlager mit den schönsten Bordeaux- und Ungar-Weinen, ferner durch persönliche Einkäufe am Rhein mit den vorzüglichsten Rheinweinen, assortirt habe, empfehle ich meine Locale aufs Angelegentlichste.

Diners und Soupers in und ausser dem Hause werden jederzeit billig und aufs Beste besorgt.

Posen, den 15. October 1867.

Herrmann Matschke, Carl Schippmanns Nachfolger.



1/8 nat. Grösse.

Nerine sarniensis, Herb.

für den Garten oder auch getheilt, je nach Wunsch der Besteller gewählt:

- Nr. 419. 1 Kollektion für 2 Thlr., enthaltend: 12 Sorten Hyacinthen, 20 Tulpen, 25 Crocus, 6 Narcissen, 6 diverse andere Blüebeln;
- 420. 1 Kollektion für 3 Thlr., enthaltend: 18 Sorten Hyacinthen, 40 Tulpen, 50 Crocus, 12 Narcissen und Läppchen, 12 diverse andere Blüebeln;
- 421. 1 Kollektion für 5 Thlr., enthaltend: 30 Sorten Hyacinthen, 50 Tulpen, 100 Crocus, 20 Narcissen und Läppchen, 12 diverse andere Blüebeln;
- 422. 1 Kollektion für 10 Thlr., enthaltend: 50 Sorten Hyacinthen, 100 Tulpen, 100 Crocus, 25 Narcissen und Läppchen, 50 diverse andere Blüebeln.

Die Samenhandlung, Kunst- und Handels-Gärtnerei

von Haage & Schmidt in Erfurt.

Bockauktion zu Markau,

3/4 Meilen von Dirschau, Ostbahnhof,



über 50 Vollbluthiere des Rambouillet-Stammes,

am Mittwoch den 4. Dezember 1867 Vormittags 11 Uhr.

Verzeichnisse über Abstammung und Minimal-Preise werden auf Wunsch verschickt.

R. Heine.

Blousen in Alpacca und Mull, Gürtel Africain, Colliers, Lava-Bandeaus, die neuesten Besäße in Galons, Grelots, Knöpfen, Gimpel u. c. empfiehlt zu billigsten Preisen

M. Zadek jun., Neuerstraße 4.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

1867—1868.

Börse zu Posen

am 22. Oktober 1867.

Geschäftsabschlüsse sind nicht zur Kenntnis gebracht worden.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Oktbr. Wind: NW. Barometer: 28°. Thermometer: Früh 4° +. Witterung: Schön.

Die Preise für Roggen weisen eine Steigerung nach gegen Sonnabend, die für nahe Lieferung nicht unbedeutlich ist, für entfernte Sichten allerdings wenig in's Gewicht fällt. Kündigungspreis 71 1/2 Rt.

Weizen ist im Gegensatz hierzu zu niedrigeren Preisen verkauft worden. Gefündigt 8000 Ctr. Kündigungspreis 87 Rt.

Häfer loko fest, Demine ohne Rendierung.

Rüböl sehr still und unverändert.

Spiritus pr. Oktober ist neuerdings thalerweise gewichen. Entfernte Termine sind allerdings auch billiger verkauft worden, im Vergleich zum Oktober-Preise ist der Rückgang aber nicht erheblich zu nennen. Gefündigt 280,000 Quart. Kündigungspreis 21 Rt.

Weizen loko pr. 2100 Pf. 88—104 Rt. nach Qualität, weißunter poln. 102 Rt. bz., bunter schles. 100 Rt. bz., pr. 2000 Pf. per diesen Monat 86 1/2 a 85 1/2 Rt. bz. u. Gd., Oktbr.-Novbr. 86 a 85 1/2 bz., Novbr.-Dezbr. 86 a 85 1/2 bz. u. Gd., April-Mai 87 1/2 a 86 1/2 bz.

Roggen loko pr. 2000 Pf. 70—72 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 72 a

71 1/2 a 7 1/2 a 1/2 Rt. bz., Oktbr.-Novbr. 71 1/2 a 7 1/2 a 1/2 bz., Novbr.-Dezbr. 70 a 70 a 1/2 a 1/2 bz., April-Mai 68 1/2 a 1/2 a 1/2 bz.

Reizende Pariser Coiffuren, Blumen und Hut-Garnituren empfing und empfiehlt billigst die Blumenfabrik von

E. Lanz, Wilhelmplatz 6.

Großes

Pelzwaren-Lager

befindet sich

Wasserstraße Nr. 27.

Philippsohn Holz.

Ofenvorleger in Messing und sein bronzirt, Feuergräthänder mit dazu passenden Geräthen, so wie schwere Kohlenkästen und Gimier empfiehlt das Magazin für Haus- und Küchengeräthe von

Moritz Brandt,

Markt 53.

neben der Möbel-Handlung der Herren S. Kronthal & Söhne.

Eine frische Sendung von den beliebten Spezialstücken u. großen Spickalen empfing und empfiehlt Johann Neikirch.

Frische Krammetsvögel

empfing

Eduard Stiller,

vorm. F. A. Wuttke.

Sapientaplaz Nr. 6.

Gründ, süße Weintrauben bei Kletschoff.

Schöne, große, weiße italienische Rosmarinäpfel, Görzer Maronen wie frischen Magdeburger Weinfäuerkohl empfing soeben Jacob Appel,

Wilhelmstr. 9.

In der gestr. Anzeige „Liebig's Fleisch-Ertrag“ ist der Preis für 1/2 engl. Pfund Topf irrtümlich mit 10 Sgr. statt 16 Sgr. notirt.

Eisner's Apotheke.

Lotteriel. 1/1, 1/2, 1/4, 1/8 flr., 1/16 4flr., 1/32 2flr., 1/64 1l. v. d. L. G. Ozanski. Berlin-Janowitzbr.

Eine möbl. Stube ist Wilhelmstraße 2 zu vermieten.

Ein freundliches möblirtes Zimmer zu vermieten.

St. Martin 41., Parierre rechts.

Bergstraße 7. ist der grosse Keller von 5 Piecen und engl. Küche, mit vollständiger Gasleitung, in welchem bisher der Milchverkauf des Dom. Kobylepole mit dem größten hierortigen Konsum stattfand, welcher sich aber auch zu jedem andern Geschäft besonders eignet, vom 1. April 1868 zu vermieten.

Große Ritterstraße 7. ist ein möbl. Zimmer nebst Stall zu vermieten.

Eine Seiden- und Sammetwaren-Manufaktur in Crefeld sucht für Posen und die Provinz Posen einen tüchtigen Agenten, der mit den Artikeln und der Kundenschaft vollkommen vertraut ist. Franco-Oefferten nebst Referenzen sub Litt. W. B. # 210. poste restante Crefeld.

Morgen, Dienstag den 22. Oktober:

Ein Volontair und ein Lehrling werden angenommen bei M. Zadek jr. Neuestr. 4.

Cin unverh. tüchtiger Koch (Rödlin) für ein Hotel, welcher gute Atteste nachzuweisen hat, wird wo möglich sofort zu engagieren gesucht. Atteste bitten man frankt an die Exped. d. Stg. unter Chiffre **M. Nr. 10. zu senden.**

Ein junger Mann (jüd. Konfession), der polnischen Sprache mächtig, gegenwärtig aktiv, praktischer Destillateur, mit der Essigfabrik vertraut und bereits kleine Touren gereist, dem auch die besten Empfehlungen zur Seite stehen, sucht unter soliden Bedingungen zu Neujahr 1868 eine anderweitige Stellung. Frankte Oefferten gefälligst unter Chiffre **P. G. Nr. 12.** poste restante Winzig in Schlesien niederzulegen.

Ein mit Dekon, Buch- u. Rechnungsführ. vertrauter Mann wünscht ein Engagement auf dem Lande oder in einer kleinen Stadt; da er Besitzer einer kleinen Feste ist, wünscht er kein Honorar, nur gute Behandlung. — Gef. Off. bittet man **N. N. 11. Posen** poste restante.

Neelles Heirathsgesuch.

Ein gebildeter junger Kaufmann, 30 Jahr alt, in Berlin ansässig, sucht die Bekanntschaft einer Dame aus der Provinz.

Gefall. Adressen werden unter Zusicherung der strengsten Diskretion sub **L. S. 416.** poste restante Berlin erbeten.

Etwas Vermögen ist erforderlich.

Ein großer schwarzer Jagdhund mit Maulkorb ist mir gestern zugelaufen. Der Eigentümer kann sich solchen gegen Erstattung der Infektions- und Hutterosten abholen beim Zimmergesellen Rabsch, Wallstraße 19.

□. M. 23. X. A. 7. Bef. II. □.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Bräut. Louise Schulz mit dem Ober-Grenz-Kontrolleur Evers in Lycken, Herr Fernans mit dem Hrn. Zimmermeister A. Löblich in Berlin.

Verbindungen. Lieutenant v. d. Großen mit Hrl. Bertha Lindt in Borsby, Preußen. Leut. im Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regt. Hubert v. Platen mit Hrl. Chr. Reichhoff in Garvensdorf i. f. Medd., Pastor Heinr. Görd in Berlin mit Hrl. Johanna Munker in Blumen, Organist Wilhelm Schulz mit Hrl. A. Plaue in Wriezen.

Geburten. Ein Sohn: dem Rittergutsbesitzer Adolph Plato auf Rittergut Österoda bei Herzberg, dem Postdirektor Arends in Prenzlau.

Todesfälle. Frau Konstorialräthlin Spies in Trier, Fabrikbesitzer Julius Enisch in Lindenwalde, verw. Frau Prediger Henriette Wilfsarh in Neu-Ruppin.

Stadttheater in Posen.

Morgen, Dienstag den 22. Oktober:

Don Juan.

Romantische Oper in 3 Akten. Nach dem Staats-Theater. Musik von W. A. Mozart.

Mittwoch kein Theater.

Erste Abonnements-Vorstellung Donnerstag d. 24. Okt.: Die Journalisten. Lustspiel in 4 Akten von Gustav Freytag.

Die Direktion.

Volksgarten-Saal.

Mittwoch, den 23. Oktober

Abends 7 1/2 Uhr

II. Sinfonie-Concert.

Programm.

1) Ouverture zur Oper „Don Juan“ Mozart.

2) Notturno a. d. „Sommernachtstraum“ Mendelssohn.

3) Variation f. d. Violine („Lob der Thräne“ David.) (Vorgetragen von Hrn. Fischer.)

4) Andante religioso (auf Verlangen) Rubinsteini.

5) Ouverture „Ruy Blas“ Mendelssohn.

6) Sinfonie Es-dur (Nr. 3) Mozart.

5 Billets für 15 Sgr. gültig zu allen Sinfonie-Konzerten, sind zu haben in der Hof-Musik-Handlung der Herren Ed. Bote & G. Bock.

Kassenpreis 5 Sgr.

W. Appold.

71 1/2 a 3 1/2 a 1/2 Rt. bz., Oktbr.-Novbr. 71 1/2 a 3 1/2 a 1/2 bz., Novbr.-Dezbr. 70 a 70 a 1/2 a 1/2 bz., April-Mai 68 1/2 a 1/2 a 1/2 bz.

Hafer loko pr. 1750 Pf. 49—58 Rt. nach Qualität, 56 a 58 Rt. bz.

per diesen Monat 34 a 33 1/2 Rt. verl., Oktbr.-Novbr. 33 1/2 a 32 1/2 bz., Novbr.-Dezbr. 32 1/2 bz., April-Mai 32 1/2 a 32 bz.

Grubens. pr. 2250 Pf. Käseware 70—80 Rt. nach Qualität.

Raps pr. 1800 Pf. 84—91 Rt.

Rübelen, Winter, 82—88 Rt.

Rüböl loko pr. 100 Pf. ohne Fäss 11 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 11 1/2 a 1/2 bz., Novbr.-Dezbr. 11 1/2 a 1/2 bz.

